

# Metallarbeiter-Zeitung

## Organ für die Interessen der Metallarbeiter

### Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherr.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rätestraße 16a part.  
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepalte Kolonne:  
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.  
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **575 000** EXEMPLAREN erscheint diese Ztg.

### Auf zur Agitation, zur Werbearbeit!

So lassen wir unsern Red- und Sammelruf hinaus in das ganze weite Deutsche Reich in die Reihen der Hunderttausende unorganisierten, aber organisationsfähiger Metallarbeiter erschallen. Diese unorganisierten Hunderttausende sind keine mystischen Gestalten, keine unfaßbaren Gespenster; sondern sie sind unsere leibhaftigen, lebenden, arbeitenden und leidenden Bekannten, vielleicht sogar Freunde, Verwandte, Neben- und Mitarbeiter, Wohnungsnachbarn im gleichen Hause, Gäste in der gleichen Wirtschaft, in der auch wir verkehren. Organisierte und unorganisierte haben so eine Menge Berührungspunkte, auf denen sie sich bei der Arbeit wie draußen im Leben außerhalb der Werkstatt oder Fabrik immer wieder treffen und miteinander verkehren — verkehren müssen; aber in puncto Organisation gehen sie auf einmal auseinander: die einen sind in ihrer Gewerkschaft, die anderen nicht. Gerade da, wo die Gemeinsamkeit, die Kollegialität und Solidarität der Freunde erst beginnen sollte, scheiden sich die Wege, geht der eine dahin und der andere dorthin und sind sie nicht einig. Und kommt es — was heutzutage sozusagen immer in der Luft liegt — im Geschäft zu einem Konflikt zwischen Arbeit und Kapital, so stehen sich die gleichen Arbeiter auf einmal als Feinde gegenüber, die alte Bekannte und jahrelang miteinander gut ausgekommen sind, weil der Organisierte tolerant war und auch hoffte, den unorganisierten Kollegen im Laufe der Zeit doch noch für die Gewerkschaft gewinnen zu können. Stehen sich in solchen Konfliktfällen nicht sogar Bruder und Bruder, Vater und Sohn als Gegner gegenüber, indem der eine zur Arbeiterschaft hält, der andere aber zum Unternehmer und gegen eigene Blutsverwandte Stellung nimmt? Das ist eine der erschütterndsten Tragödien in dem weltgeschichtlichen Befreiungskampfe der Arbeit, die die Roheit und Bestialität des Kapitals schafft.

Die Schuld an diesen tragischen Konflikten tragen die Unorganisierten, die den Zusammenschluß mit ihren proletarischen Bundesgenossen und Schicksalsgenossen aus Unverständnis oder persönlichem Egoismus ablehnen und bewußt oder unbewußt Werkzeuge in den Händen des alle Arbeiter gleichmäßig ausbeutenden Kapitals zum großen und unermesslichen Schaden aller werden. Es ist eine unheilvolle Rolle, die so unorganisierte Arbeiter spielen. Geht durch ihre Schuld eine Aktion der übrigen und einigen Arbeiter verloren, so haben sie davon ebenso den Schaden wie die aktiven Teilnehmer an dem Kampfe, denn die gleichbleibenden, unbefriedigenden Arbeits- und Lohnverhältnisse gelten auch für sie weiter. Gewinnen aber die kämpfenden Arbeiter trotz der Unsolidarität der Unorganisierten, so gelten die neuen besseren Arbeitsbedingungen allerdings auch für diese. Allein müssen sie sich nicht jeden Tag, jede Stunde, jeden Augenblick schämen vor den neben und mit ihnen arbeitenden Männern, die mutig den Kampf um ein besseres Los für alle wagen, denen sie aber verräterisch in den Rücken gefallen, von dessen Errungenschaften sie jetzt nun trotzdem ebenfalls profitieren, auch für sich in Anspruch nehmen; die ernten wollen, wo andere gesät und sie nur das Unkraut gemacht, die Schmarotzer gespielt haben?

Eine traurige Erfahrung lehrt, daß viele unorganisierte Proletarier demoralisiert und solcher Scham nicht mehr fähig sind. Man denke nur an die zahlreiche Familie der Hünzgardisten, von denen die Scham zu den Hundstößen ist und die in ihren Reichen Lumpenproletarier und Verbrecher zählen. Aber es gibt noch mehr rückständige, aufgeklärte, einsichtsvolle und auch energielose Proletarier, die verbesserungsfähig sind und von denen wir ja auch fortwährend neue Teile für die Gewerkschaft gewinnen, die so erstarkt und als organisierte Arbeiterarmee wächst, während andererseits die Arme der Unorganisierten sich vermindert. Der Mensch ist das Produkt seiner Verhältnisse, aber nicht nur der jeweils augenblicklichen, sondern auch der nachwirkend vorherigen, die eben für sehr viele Arbeiter unsoziale, individualistisch-bürgerliche und organisationsfeindliche sind. Da ist für den Arbeiter erst eine ganze Welt von falschen, für seine jetzigen Verhältnisse nicht mehr passenden Anschauungen zu überwinden; ein Kampf zu bestehen, der sich individuell im innersten Seelenleben des einzelnen abspielt und in dem leider nicht immer der Gedanke proletarischer Solidarität, das höchste Erfordernis unserer Zeit, Sieger bleibt. Auf jeden Fall aber gehört weniger Intelligenz und Energie dazu, ein unorganisierter Arbeiter zu bleiben als Mitglied der Organisation, der freien Gewerkschaft zu werden und mitzuwirken an der Bessergestaltung des Loses der gesamten Arbeiterklasse. Und auf jeden Fall gewinnt auch der Unorganisierte von der Organisation, für die er kein Opfer bringt. Was aber nützt etwa umgekehrt der Unorganisierte dem organisierten Arbeiter? Er vermag ihm nicht nur in gar keiner Beziehung zu nützen, sondern im Gegenteil schadet er ihm nur immer, da er als ein Bleigewicht an seinen Füßen hängt und den Fortschritt wie den Aufstieg der Arbeiterklasse hemmt, wovon bloß die Kapitalistenklasse den Gewinn hat, die daher den nicht- oder gelborganisierten den freigerwerblich organisierten Arbeitern vorzieht.

Will man jemanden zum Freunde, in unserm Falle zum Bundesgenossen in der Gewerkschaft gewinnen, darf man ihm nicht zuerst alle Schande ins Gesicht sagen. Wohl aber darf man ihn, den Unorganisierten bei der Agitation ihr unsozialistisches

Verhalten vorgehalten werden. Es soll daher mit Takt organisiert werden. Uns stehen keine staatlichen oder kapitalistischen Gewaltmittel zur Verfügung, wie den Unternehmern, die denn auch allein in ihren Reichen das schöne Sprüchlein zur Wahrheit machen können und auch machen: „Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein.“ Wir können nur mit dem gesprochenen oder geschriebenen Worte agitieren, mit der scheinbaren Wirksamkeit und den Erfolgen unserer Gewerkschaften überzeugen. „Alles, was du hier siehst, du unorganisierte Arbeiter, ist das Werk der Gewerkschaft. Deine neunfründliche Arbeitszeit, dein besserer Lohn, die befriedigenden hygienischen Verhältnisse und die Schutzvorrichtungen, die bessere Behandlung durch die Vorgesetzten wie der bestehende Tarifvertrag, bei dem die Arbeiter mitreden und die Gestaltung der Arbeits- und Lohnverhältnisse mitbestimmen können, all das ist das Werk der Gewerkschaft. Ohne sie würdest du und würden wir alle noch um ein halbes Jahrhundert zurück sein.“

Wir können auch sagen, daß es einzig die Arbeiterpresse ist, die die Gewalttätigkeiten von Arbeitern gegen Arbeiter bekämpft, während in den Kreisen aller unserer Gegner der Prügel in allen gesellschaftlichen Verhältnissen und Beziehungen das unentbehrliche Allheilmittel ist. Streikende Arbeiter zum Beispiel tragen weder Gummihügel noch Revolver bei sich; Streikbrecher, Polizisten und Unternehmer dagegen sind mit diesen Symbolen „wirtschaftlicher“ Kultur reichlich ausgestattet und dann und wann gesellt man ihnen auch noch kriegsmäßig ausgerüstetes Militär zu mit der schießenden Plüme und dem hantelnden Säbel, um sie auf unbewaffnete Streikende loszulassen. Und da soll der Terrorismus auf unserer Seite sein!

Für die Agitation gibt es keine Schablone, die beste Methode ist die, die am erfolgreichsten wirkt. Die schönsten Agitationsverfammlungen haben ihren Beruf verfehlt, wenn sie nicht von unorganisierten besucht sind, die aufgefährt und als Mitglieder für die Gewerkschaft gewonnen werden können. Führt die Organisationsversammlung nicht zum Ziel, so vielleicht die Werkstatt- oder Betriebsversammlung. Die Hausagitation, das Flugblatt, die Zeitung, die Broschüre, die geistliche Abendunterhaltung, der Ausflug, die kollegiale Gefälligkeit bei der Arbeit, das immer freundliche Wort mit überlegtem zielbewußtem Gebrauch und zahlreiche andere Mittel und Möglichkeiten, die das alltägliche Zusammenleben bietet, können mit Erfolg für die Gewerkschaft gehandhabt werden.

Die Zeiten sind so schwer! Krieg, Teuerung, Fleischnot und Hungersnot, der drohende Weltkrieg mit der wirtschaftlichen Weltkrise, bedrängen das arbeitende Volk von allen Seiten, so daß sich Millionen Besitzloser mit Bangen fragen: Wo soll das noch hinaus? Was soll da noch aus den armen Leuten werden? Nun, sie fallen den Großen und Mächtigen zum Raube, wenn sie sich nicht zum gegenseitigen Schutze zusammenschließen und ihre Menschenrechte gegen die brutale Gewalt und Unterdrückung durch die kapitalistische Klassenherrschaft einig, stark und geschlossen verteidigen.

Bereits hat über eine halbe Million Metallarbeiter den Weg in unsern Verband, haben 2 1/2 Millionen deutscher Arbeiter den Weg in die freien Gewerkschaften gefunden und jeder neue Tag bringt neue Bundesgenossen, Mitstreiter und Mitkämpfer in ihre Reihen, um die organisierte Macht des Proletariats zu stärken und mit der Sicherung aller auch die Sicherung jedes einzelnen zu erreichen.

Seid Brüder! In diesem Zeichen steht unsere Agitation und Organisation und in diesem Zeichen rufen wir mit dem Dichter unserm unorganisierten Kollegen zu:

Ob du im Feld beim Sonnenbrand  
Reuchend behaft das Ackerland,  
Ob du beim Stöhnen der Dampfmaschinen  
Raderst dich ab mit hungrigen Mienen,  
Ob du des Geistes lobende Kraft,  
Ob du den Genius, der in dir schafft,  
Wändigen mußt und stetig beschwörest,  
Nur um dein Weib und dein Kind zu nähren;  
Ob du des Südlands Boden entpflanzest,  
Ob dich des Nordlands Ströme umflößen,  
Ob deine Wiege in der Wüste stand,  
Ob, wo des Bergstroms Wellen branden,  
Ob dir die Liebe die Wangen glühst,  
Ob dir Entbehrung die Jugend „verflucht“ —  
Kaffe dich auf! Erkenn' deine Macht!  
Schäue die Welt in herrlicher Pracht —:  
Alles tanzt du dein eigen nement!  
Wirst du endlich als Recht erkennen:  
Daß, wer radert das ganze Jahr,  
Wer seines Zeichens ein Proletar,  
Niederwerfe die hemmenden Schranken!  
Wahne den Weg dem einen Gedanken:  
Brüder seien alle die,  
Die da hungern bei schwerer Mäß!

### Das Zusammenarbeiten der organisierten mit den unorganisierten Kollegen.

Eine Frage der Moral und des Rechts.  
I.  
In den Anfängen der modernen Gewerkschaftsbewegung spielte der Kampf um das Koalitionsrecht eine wichtige Rolle. Nachdem die Koalitionsverbote, die der Frühkapitalismus unter Verbrämung mit liberalen Freiheitsphrasen erlassen hatte, wieder aufgehoben worden waren, weigerten sich die meisten Unternehmer und Behörden noch immer, die gesetzlich gewährte Organisationsfreiheit in der

Praxis anzuerkennen. Lange Zeit hindurch stand das Koalitionsrecht nur auf dem Papiere, denn die Unternehmer setzten ihren Arbeitern die Pistole auf die Brust und schlangen die Hungerpeitsche über die, die von dem Koalitionsrecht Gebrauch machten. Die Behörden unterstützten diesen Widerstand der Unternehmer mit allen Mitteln, und anstatt dem Rechte zum Durchbruch zu verhelfen, setzten sie Polizei, Staatsanwälte und Gerichte in Bewegung, um den Arbeiterfeinden die Möglichkeit zu verschaffen, mit dem Koalitionsrecht Schändliches zu treiben. Es war das die Zeit, wo das geflügelte Wort von dem „Koalitionsrecht mit dem Galgen daneben“ geprägt wurde.

Diese Zeit ist nun vorüber, denn die Freiheit der Arbeiter, sich mit ihren Arbeitsbrüdern zu wirtschaftlichen Zwecken zusammenzuschließen, ist im großen und ganzen zu einer Tatsache geworden. Wohl gibt es auch noch heutzutage Kapitalproben, die von einer Organisation ihrer Arbeiter nichts wissen wollen und grundsätzlich keine organisierten Arbeiter beschäftigen, wohl gibt es auch noch heute Behörden, die in dem Koalitionsrecht ein Unrecht oder wenigstens ein unbedeutendes Übel erblicken und die ihren eigenen Arbeitern und Angestellten die Freiheit, sich gewerkschaftlich zu organisieren, vorenthalten, aber im allgemeinen sind dies Ausnahmen — die deutsche Arbeiterklasse hat die Gegner des Koalitionsrechts beseitigt und ist über sie zur Tagesordnung übergegangen. Auch mit den komischen Käuzen, die sich noch heute gegen die tatsächliche Anerkennung des Koalitionsrechts sträuben, werden die Arbeiter in absehbarer Zeit fertig werden. Der Organisationsgedanke läßt sich nicht mehr aufhalten und für den Sieg dieses Gedankens spricht auch der merkwürdige Umstand, daß die Unternehmer neuerdings selbst Gewerkschaften — allerdings „Smith-Gewerkschaften“ — gründen und ihre Arbeiter zwingen, in diese Organisationen einzutreten. Es geht eben nicht mehr ohne Organisationen und über kurz oder lang werden wir dahin kommen, daß es keine unorganisierten Arbeiter mehr gibt oder daß sie wenigstens so selten werden, daß man sie für Geld im Panoptikum sehen lassen kann.

Der Sieg des Organisationsgedankens auf der ganzen Linie hat in dem sozialen Bewußtsein der ausgefährten und fortgeschrittenen Arbeiter eine wesentliche Umwälzung hervorgerufen. Während früher das Koalitionsrecht im Vorstellungskreis des Proletariats eine bedeutende Rolle spielte, indem man dieses Recht von den verschiedenen Gesichtspunkten aus zu lehren suchte, bildet heute die Koalitionspflicht den Mittelpunkt proletarischer Gesandten. Daß die Arbeiter das Recht haben, sich zu koalieren, erscheint uns heutzutage als eine Selbstverständlichkeit, als eine Axiomwahrheit, über die man kein Wort mehr verliert, was aber immer und immer wieder betont wird, ist die Behauptung, daß der Arbeiter die Pflicht habe, sich zu koalieren. Das Koalitionsrecht ist für einen Koalitionspflicht erweitert worden, diese Tatsache allein beweist uns zur Genüge, welche wirtschaftliche Macht die Arbeiterklasse errungen und welche sozialgefällige Höhe sie erklommen hat. Die modernen Massenbewußten Arbeiter erblicken in ihrer Gewerkschaft ihre machtvolle Interessenvertretung, ihre Schutzmauer und ihren Hort in allen Schwierigkeiten des wirtschaftlichen Lebens, und darum fordern sie von den Unternehmern und Behörden die Anerkennung der Gewerkschaft als eines gleichberechtigten Faktors bei Streitigkeiten mit den Unternehmern. Und von ihren Kollegen fordern sie die Zugehörigkeit zu der Gewerkschaft als eine Pflicht der Solidarität gegen die Kollegen und als eine Pflicht gegen sich selbst und ihre eigenen Interessen.

Welch großen Einfluß der Gedanke der Koalitionspflicht auf das moderne Proletariat ausübt, ergibt sich vor allen Dingen daraus, daß heutzutage die Arbeiter untereinander sich nach der Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu ihrer Gewerkschaft beurteilen und bewerten. Noch vor ein paar Jahrzehnten ging die Auffassung in den Kreisen der Arbeiter dahin, daß der Beitritt zu der Gewerkschaft gewissermaßen auf einem freien Entschlusse beruhe, daß der organisierte Arbeiter allerdings wesentlich höher stehe als ein unorganisierter Arbeiter, daß man aber auch das Fernbleiben von der Organisation als Ausfluß eines hochentwickelten Freiheitsgefühls betrachten könne. Damals wirkte noch die liberal-kapitalistische Auffassung von der persönlichen Freiheit sehr stark auch in den Gemütern der Arbeiter nach und es fehlte nicht an sogenannten Kraftmeiern, die nach dem Motto: „Der Starke ist am mächtigsten allein!“ den Beitritt zur Gewerkschaft ablehnten und im Vertrauen auf ihre eigene Kraft — sie fühlten wie der Räuber Karl Moor eine Arme in ihrer Faust — sich rühmten, daß sie die Gewerkschaft nicht nötig hätten. Heute sind diese Leute, die aus mißverstandenen Freiheitsgefühl unorganisiert blieben, ausgestorben und ihre Freiheitsphrasen gleichen nicht mehr; heute heißt es einfach, daß sich jeder Organisierte in Reich und Mied stellen muß. Wenn ein organisierte Arbeiter einen fremden Kollegen trifft, so lautet gewöhnlich die erste Frage: „Bist du auch in der Gewerkschaft?“ und wenn diese Frage verneint wird, so bemüht er sich, den Reuling von der Notwendigkeit und dem Wert der Organisation zu überzeugen und ihn in die Gewerkschaft hineinzuziehen. Sind diese Bemühungen vergeblich und erklärt der Betreffende, daß er mit der Gewerkschaft nichts zu tun haben wolle, so bekommt er die Antwort: „Dann willst du auch mit dir nichts zu tun haben!“ Und von da an trennen sich ihre Wege.

Daß sich die Kluft zwischen organisierten und unorganisierten Arbeitern in den letzten Jahren immer mehr erweitert hat, ist eine unbestreitbare Tatsache, mit der man einfach rechnen muß. Es besteht offenbar ein scharfer Gegensatz zwischen beiden Gruppen, der sich nicht nur in gesellschaftlichen Verkehren, sondern auch im Arbeitsverhältnis selbst deutlich bemerkbar macht. Der unorganisierte Arbeiter gilt bei seinen organisierten Kollegen als ein minderwertiger Mensch und wird



vorgenommen wird, und zwar darum, weil sie wegen den in den Tarifverträgen vorgesehenen höheren Entschädigungen nach Möglichkeit vermieden wird. Im Offenbacher Bezirk verfuhr ein Ausschlagereisgericht, in dem Metallbühgel an fertige Reduktoren befestigt werden, die Erlaubnis zu erlangen, seine Arbeiter am Sonntag beschäftigt zu dürfen, da der Geschäftsinhaber und seine Gehilfen als Israeltiten Samstags nicht arbeiten würden und zwei Feiertage in der Woche zu viel seien. Das Gesuch wurde abgelehnt werden. Ebenfalls im Offenbacher Bezirk kam unerlaubte Sonntagsarbeit in einer Schraubenfabrik vor, wo der technische Leiter einige tausend Kilogramm Walzisen unter Dach hängen lassen, um es vor dem Verrotten durch Regen zu schützen. Das Eisen war fünf Tage lang im Freien gelegen und dann mußte gerade der Sonntag in Anspruch genommen werden, um es besser aufzubewahren. Der Bericht bemerkt im Sinne entschiedener Verurteilung zu dieser ebenso unbedeutend wie ungeschicklich getriebenen Sonntagsarbeit, daß die Fabrik mehr als 200 Arbeiter beschäftigt und daher auch genügend Hofarbeiter haben sollte, die im Notfall Materialen, um sie zu schützen, schnell wegräumen könnten. „Ganz entschieden lag hier eine Nachlässigkeit der Betriebsleitung und des Werkmeisters vor, die nach Ansicht der Gewerbeinspektion zur Bestrafung hätte führen sollen.“ Die Firma war in beiden Instanzen freigesprochen worden, während die Gewerbeinspektion ganz richtig ihre Bestrafung als gegeben erachtet hatte. Die Firma zog aus diesen Vorfall tustofen eine Lehre, als sie einen überdeckten erweiterten Lagerraum beschaffte, der Postwagen, die Walzisen bringen, direkt aufnehmen kann, so daß künftig voraussichtlich derartige Sonntagsarbeit vermieden wird.

Eine Maschinenfabrik im Wormser Bezirk „mußte“ die behördliche Erlaubnis für Sonntagsarbeit in Anspruch nehmen, da Traubenpressen zum Beginn der Weinlese fertiggestellt werden mußten. Von dieser „Begründung“ möchte man sagen, eine gute Ausrede ist ein wenig wert. Daß es im Herbst Weinlese gibt, falls nicht die Trauben durch ungünstige Witterung zerstört wurden, weiß man das ganze Jahr.

Ungefähr von der gleichen „Qualität“ ist die Begründung erteilter Sonntagsarbeit für 60 bis 100 Arbeiter in einer Fabrik der Beleuchtungsbranche wegen „unvorhergesehener dringender Aufträge bei hoher Konventionalkontrakte“. Damit läßt sich jederzeit Nacht- und Sonntagsarbeit und ununterbrochener Betrieb „begründen“, die Behörden aber sollten solche „Gründe“ nicht als berechtigte für Ausnahmebewilligungen gelten lassen.

Die beiden Gruppen Metall- und Maschinenindustrie zusammen erhielten im Berichtsjahre für 36 Betriebe in 89 Fällen Bewilligung zur Sonntagsarbeit, und zwar für 1266 Arbeiter an 90 Sonn- und Festtagen mit 7904 Stunden. Zusammen waren in den betreffenden Betrieben 5087 Personen beschäftigt. Bemerkenswert ist, daß sämtliche Gesuche um Sonntagsarbeitsbewilligung genehmigt und kein einziges zurückgewiesen wurde. Ein solches resistentes Entgegenkommen der Behörden gegen ihre Wünsche bedeutet für die Unternehmer doch gewiß einen tadellosen Idealzustand. Befremdlich sind aber die Herren trotzdem immer mit aller Welt unzufrieden oder tun doch wenigstens so.

Einige interessante Mitteilungen werden über die Arbeitsverhältnisse gemacht. So nimmt im Wiesener Bezirk eine Größtengleichheit ihre sämtlichen Arbeiter auf Grund der Arbeitsordnung zunächst ohne Kündigungspflicht an; sie schließen aber nach einiger Zeit mit denen, welche sich bewähren und bei denen ein längeres Verweilen in Diensten der Firma wahrscheinlich ist, Sonderverträge mit 14tägiger Kündigungsfrist ab. Im Offenbacher Bezirk fügte eine große Maschinenfabrik gelegentlich der Veränderung der Arbeitsordnung in diese die Bestimmung ein, daß die gegenseitigen Kündigungen nur, wenn schriftlich eingereicht, Gültigkeit besitzen. Zu dem Zweck hatte die Fabrik vorgegedruckte Kündigungsformulare eingeführt. Es ist das erstemal, daß im Offenbacher Aufsichtsbereich eine derartige Vorschrift in eine Arbeitsordnung aufgenommen wurde.

Bzüglich der Arbeiterausweise stellt der Wormser Aufsichtsbeamte fest, daß solche im allgemeinen von den Unternehmern nicht mehr gewünscht werden, weil sie in Folge der Tarifverträge mit den Arbeitersekretären verkehren oder infolge Differenzen mit den Ausschüssen mit denselben zu verfahren veranlaßt werden. Im Offenbacher Bezirk bestehen in 95 Betrieben Arbeiterausweise, wovon weit über die Hälfte sich in den Metallwaren-, Maschinen- und Lederwarenfabriken und in der Stadt Offenbach befinden.

Eine Spezialität der heftigen Fabriktinspektion ist die Mitteilung von Tarifverträgen im Wortlaut. Der vorliegende Bericht enthält deren sechs, an deren Spitze der für die Offenbacher Metallwarenbranche steht. Der Darmstädter Aufsichtsbeamte berichtet über die zwischen der Leitung einer Dampfesselfabrik in Darmstadt und ihren Arbeitern abgeschlossene Vereinbarung über die Lohn- und Montageverhältnisse. Wie erwähnt, baraus die Lohnzuschläge von 25 Prozent für Überstunden, 50 Prozent für Sonntags- und von 100 Prozent für Feiertagsarbeit, Verbot der Führung des Alfordbades, wenn bei der Alfordarbeit mit festem

Alfordbad 50 Prozent des Stundenlohnes als Mehrverdienst erzielt werden. Bei 51 Prozent wird dann die Reduktion eintreten. Werden Montagen im Alford ausgeführt, so wird der erzielte Mehrertrag prozentual unter die beteiligten Arbeiter verteilt. Der Monteur erhält 10 Prozent als Extraverdienst. Bei Montagen außerhalb des Betriebs, jedoch innerhalb der Stadt Darmstadt, wird eine Zulage von 10 Prozent des Stundenlohnes und eine Vergütung von 1 M für den Tag gewährt; diese steigt auf 2 M in der Umgebung von Darmstadt. Für sonstige Plätze werden 3 M bei einer Dauer von über 14 Tagen, darunter 3,50 M zugestanden. Fahrgehalt wird bezahlt, bei kürzeren Fahrten werden diese als Arbeitszeit berechnet. Besondere Vereinbarungen bleiben vorbehalten für Montagen im Ausland, an Wapeln und bei Ausstellungen.

Im Offenbacher Bezirk sind die Streiks in einer Metallschraubenfabrik sowie der Spengler und Installateure angeführt.

Der gleiche Bericht konstatiert eine Vermehrung der Unfälle in der Metall-, Maschinen-, Leder- und chemischen Industrie. Im Darmstädter Bezirk wird ein Unfall besonders dargestellt. Danach waren zwei Hilfsmonteure auf einem eisernen Zeitungsmaß für eine elektrische Ueberlandzentrale damit beschäftigt, eine Hauptleitung nachzuspannen. Durch das Versagen eines Nietverbänders wurde die doppelstrahlige Spannung durch die Leitungen gelöst; die Spannung auf der einen Seite erreichte eine derart hohe Kraft, daß sie den Maß in der Nähe des Fußes abbrach. Die durch Reibungsgürtel gehaltenen Arbeiter stürzten mit, beide Arbeiter erlitten innere Verletzungen, an denen der eine Arbeiter wenige Tage später verstarb. Der andere Arbeiter wird eine starke Einbuße an seiner Erwerbsfähigkeit erleiden.

Zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter wurden den Inhabern zweier Emaillewarenfabriken im Darmstädter Bezirk Vorschriften gemacht über die Verwendung und Verarbeitung bleihaltiger Stoffe. Der erste Unternehmer gab die Erklärung ab, seine bleihaltigen Materialien verarbeiten zu wollen. Der zweite, der eigentlich nur eine Emaillewerkstätte als Teil eines anderen Betriebes hatte, wurde verpflichtet, bei Verarbeitung und Verwendung bleihaltiger Stoffe Vorschriften, die den Bestimmungen der bezüglichen bundesrätlichen Bekanntmachung entsprechen, zu befolgen. Arbeitsrichtungen und die einmal wöchentliche Arbeitverrichtung wurden ebenfalls vorgeschrieben. Außerdem wurde dem Unternehmer der Inhalt der §§ 18 bis 20 der erwähnten Bekanntmachung vom 23. Mai 1903 bekannt gegeben mit der Auflage, diesen Vorschriften nachzukommen, wenn Bleierkrankungen eintreten, und gleichzeitig wurde ihm auch die Befolgung der Vorschriften unter Ziff. 1 bis 11 der vom Reichsamt des Innern aufgestellten Grundsätze für Schieferer zur Pflicht gemacht.

Von der „Wohlfahrtspolitik“ der Buderus'schen Eisenwerke zu Sollar haben wir schon früher berichtet. Sie geben den Arbeitern, die Geld auf der Sparkasse zu Sollar einlegen, zu den von dieser gewährten Zinsen alljährlich sozial dazu, daß diese 5 Prozent betragen. Anfangs waren manche Arbeiter mißtrauisch, berichtet der Wiesener Aufsichtsbeamte, und meinten, es würden ihnen, wenn sie „blei“ sparten und die Betriebsleitung davon erfuhr, Lohnkürzungen bevorstehen. „Das Mißtrauen ist jedoch bald geschwunden. Die Zahl der Sparer ist eine verhältnismäßig große. Unter ihnen werden alljährlich auf Weihnachten 1000 M Sparprämien des Wertes als Gewinn verlost und den einzelnen Gewinnern als Spargut haben ausgehändigt. Auf je 30 M erspartes Geld erhält der Sparer ein Los, jedoch im ganzen nicht mehr als drei Lose.“ Der Fall erinnert an die „Hühner alte Sittre“ bei Bauernhochzeiten, eine Handvoll kleine Münzen unter die Dorfjugend auf die Straße zu werfen und sich daran zu ergötzen, wenn die Kinder sie im „Wettkampfe“ miteinander aufheben.

Die Buderus'schen Eisenwerke in Sigenheim haben eine Werksparkasse errichtet mit dem Zwecke, die Angehörigen des Wertes zu vermehrter Sparanstrengung anzuregen — unter der Aufsicht des „Protobeholders“, den es doch eigentlich nichts angeht, was der Arbeiter mit seinem Lohn anfängt. Oder gestattet die Herrin Buderus umgekehrt auch ihren Arbeitern Einblicke in ihre eigenen Einkommens- und Vermögensverhältnisse?

Republikanische Wohlfahrtspolitik ist eben Reformmündungs-politik, die im Arbeiter Selbständigkeits- und Selbstbestimmung nicht aufkommen läßt und sich für das Kapital auf Kosten der Arbeiter selbstentzieren muß, wie feinerzeit die Deutsche Arbeiter-Zeitung mit janziger Offenheit erklärt hat.

### Das Genossenschaftswesen.

Die Metallarbeiter-Zeitung hält ihre Leser über die „Christlichen“ Gewerkschaftszersplitterung gut auf dem laufenden. Es ist deshalb angebracht, einmal an einem andern Beispiel zu zeigen, daß die „Christlichen“ und schließlich noch die „Merckwürdigen“ auch auf anderen Gebieten als nur auf dem des Arbeitsverhältnisses, wo allerdings die große und direkte Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit stattfindet, ihre Zersplitterungsarbeit be-

treiben. Und zwar ist es ein rein wirtschaftliches Tätigkeitsgebiet, auf dem die gloriose Arbeit der „Christlichen“ eingeleitet hat. Man wird sie noch die „Allerweltsszersplitterung“ nennen müssen. Schon lange mag den Gewerkschafts„Christen“ die kolossale Entwicklung des Konsumvereinswesens in Rheinland-Westfalen ein Dorn im Auge gewesen sein. Nicht etwa, daß diese Entwicklung eine „sozialdemokratische“ gewesen wäre und die Antipoden der freien Gewerkschaften von ihr für ihre christlichsozialen „Ideale“ hätten Bestirrachungen gegen müssen — denn mit Marinaden und Stiefelwische werden hoffentlich weder religiöse noch gewerkschaftliche Gewissenszweifel gemocht, aber die Bestirrachung scheint nach der Richtung gegangen zu sein, daß die Tausende von Arbeitern und Handwerkern, die im Essener, Düsseldorf und Kölner Industriegebiet sich im Laufe der letzten Jahre den dortigen Konsumvereinen angeschlossen haben und erfreulicherweise in gleich starkem Zuge sich immer noch anschließen, am Ende doch der pseudochristlichen Gängelei sich entziehen könnten. Viel leicht mag auch ein wenig perfidischer Ehrgeiz und wirtschaftlicher Einzelgeizismus von quasi-„Christen“ im Spiele sein — kurz und gut: es wurde dort der „Christliche“ Verband westdeutscher Konsumvereine gegründet. Natürlich um einem „dringend gefühlten Bedürfnisse“ abzuhelfen. Die Entwicklung dieser „Christlichen“ Wirtschaftszersplitterung scheint nun nicht ganz befriedigend zu haben, und in der Tat, wenn man die hierfür maßgebenden Zahlen ansieht, so findet man, daß der ganze Verband mit seinen 101 Vereinen und circa 80 000 Mitgliedern gegenüber den 65 Vereinen des Revisionverbandes der Konsum- und Produktgenossenschaften in Rheinland-Westfalen mit 170 000 Mitgliedern weit im Hintertreffen steht. Das zeigt sich auch beim Umsatz, der beim „Christlichen“ Verband mit rund 23 Millionen Mark gegen 47 Millionen Mark im ungefähren gleichen Verhältnis zurückbleibt, wie die Mitgliederzahl. Es soll indes nicht verkannt werden, daß die Zahlen des „Christlichen“ Verbandes an sich genommen immerhin respektable sind. Das Unbefriedigende für die Leiter des „Christlichen“ Verbandes scheint darin zu bestehen, daß diese Zersplitterungsbewegung zunächst auf Westdeutschland beschränkt geblieben ist. Und das Waterland dieser Leute will doch größer sein. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine, in dem sich die moderne Konsumgenossenschaftsbewegung verkörpert, stellt mit seinen circa 1900 Vereinen und mindestens 1 1/2 Millionen Mitgliedern, mit seiner Großverkaufs-Gesellschaft, seiner Verlags-gesellschaft, den weiteren großen zentralisierten Eigenproduktbetrieben in der Seifen-, Zigaretten-, Papierwarenbranche u. d. h. einen ganz anderen, organisatorisch und finanziell bedeutenderen Wirtschaftsfaktor dar als der „Christliche“ Zweigverband. Gerade das aber dürfte der Grund der „Christlichen“ sein, die man nun in der Genossenschaftsbewegung so gut kennt, wie in der Gewerkschaftsbewegung.

Es mußte also los gestrickert werden, um „gleiche Brüder, gleiche Kappen“ in anderen deutschen Waterländern zusammenzutrommeln zu können. Allein so einfach wie bei den Gewerkschaften liegen da die Dinge nicht. Gewerkschaften sind freie Organisationen, deren wirtschaftliche Effekte nicht auf einer geschäftlichen, sondern auf einer idealen Tätigkeit beruhen. Anders bei den Konsumvereinen, deren Entstehen von einem durch rein geschäftliche Tätigkeit zu erzielenden wirtschaftlichen Nutzeffekt abhängt. Setzt da bei bestehenden Vereinen die christlichsoziale Zersplitterung ein, so geht es dem ganzen Verein und damit den Zersplitterern selbst an den Kragen. Außerdem könnten an Hunderten von Plätzen keine Leistungs-fähigen Konsumvereine entstehen, wenn an jedem Orte mehr als ein Verein aus konfessionellen oder parteipolitischen Gründen errichtet werden wollte. So ist also der „Christliche“ Verband sich jetzt allein geblieben. Um diesem walfenhaften Zustand wenigstens für die künftige Entwicklung ein Ende zu machen, wohl auch, um noch etwas mehr Wasser auf die bereits bestehende „Christliche“ Verbandsmühle zu leiten, mußten die „Christlichen“ Gewerkschaften herhalten. Und man tat's gerne. Der zu Anfang Oktober dieses Jahres in Dresden abgehaltene Kongress der „Christlichen“ Gewerkschaften hat nämlich unter anderem folgenden Antrag angenommen:

„Die Konsumgenossenschaftsbewegung ist eine Notwendigkeit und Ergänzung der Gewerkschaften. Während letztere eine Erhöhung des Einkommens ihrer Mitglieder anstreben, hat erstere den Zweck, das Konsumgenossenschaftsbewegung zu gestalten. Die Förderung der Konsumgenossenschaftsbewegung ist besonders für die Arbeiterklasse bei der jetzigen Zeit der Verwertung aller Lebensmittel und Wirtschaftsbefürfnisse eine unabwendbare Notwendigkeit geworden. Des weiteren zwingt auch die Arbeiterklasse zur regen Teilnahme an der Konsumgenossenschaftsbewegung das lebhafteste Streben des privaten Kapitals, auf allen Gebieten Preisfomentationen zu errichten. Nur durch den Einfluß der Konsumgenossenschaftsbewegung sind solche Monopolbestrebungen auf dem Gebiete der Lebensmittelverteilung hintanzuhalten. Auf Grund dieser Erwägungen empfiehlt der christliche Gewerkschaftskongress allen Mitgliedern der angeschlossenen Verbände, den Konsumgenossenschaften als Mitglieder beizutreten.“

Stärke zu und unter starker Blaufärbung der Haut trat acht Stunden nach dem Auftreten jener Symptome der Tod ein. Bei dem jüngeren Manne, der auch die ganze Zeit zugegen gewesen und mitgeholfen hatte, traten keine wesentlichen Krankheitserscheinungen ein.

In den Metallbrennen wird Sägemehl, wie schon erwähnt, zum Abtrocknen der blankgeblehten und abgewaschenen Gegenstände benutzt und ist daher in den Brennräumen auch stets vorhanden, und da es, auf vergröberte Flüssigkeiten gestreut, diese schnell aufsaugt, so greifen die Arbeiter bei einem unbedachtigen Wergießen von Salpetersäure in den Metallbrennen gewöhnlich auch zuerst zu den Sägemehl, obwohl gerade durch die starke Einwirkung von Salpetersäure auf die feingehobene Holzsaft die Entwicklung von rotbraunen nitrosen Dämpfen besonders stark ist. Laut Bericht für 1910 Seite 81 vergifteten sich in einer Berliner Metallwarenfabrik zwei Arbeiter schwer durch nitrose Säure, weil sie zum Auffaugen verschütteter Salpetersäure in ihrer Unwissenheit Sägemehl verwendet und sich auch länger als nötig in dem mit den giftigen Dämpfen stark angefüllten Schuppen aufgehalten hatten. Auch hier zeigte sich die schlimme Wirkung der Einatmung nitrosen Gases erst nach 24 und 40 Stunden und beanspruchte die Heilung zwei respektive drei Wochen. Man merke sich also: Alles Draufkreuzen von Sägemehl, Sägespänen, Asche und Erde vermindert nicht die Entwicklung der rotbraunen nitrosen Dämpfe, sondern vermag sie, ist also stets zu unterlassen! Es gibt in solchen Fällen kein besseres Mittel, als schnell viel Wasser draufschütten, schnell die Fenster öffnen und dann die stark verdünnte Säure aufzuwischen.

Es wäre eine dringende Aufgabe für alle Betriebsleiter und Aufsichtsbeamten, die Arbeiter, die in irgend einer Weise mit Salpetersäure in Berührung kommen können, mündlich, durch Merkblätter, Anschläge und in jeder andern geeigneten Weise darauf aufmerksam zu machen, daß es beim Verschütten oder Auslaufen von Salpetersäure das Verlethreteste ist, Sägemehl darauf zu kreuzen. Einige Betriebsleiter haben schon die Verteilung solcher Merkblätter und Merkblätter mit Verhaltensmaßnahmen und Anweisungen zur Verhütung von Unfällen bei vorkommenden Betriebsstörungen eingeführt und sehr zweckmäßig befunden, viele kümmern sich aber nicht darum und gerade solche, bei denen es am meisten angebracht wäre. (Fortsetzung folgt.)

nach dem Glauben zu leiten hatte, eine Unblütigkeit an einem Absperren des Druckgefäßes und wollte diese durch Einschleichen einer neuen Summndichtung abstellen. Hierbei entwickelte sich eine große Menge salpetriger Säure, die der Arbeiter, da er keinen Respirator vorgebunden hatte, einatmete. Die Folge davon war eine heftige starke Zungenentzündung, die zur Zungenlähmung führte.

Wichtige Verwendung findet Salpetersäure in Farbenfabriken und Färbereien, und auch da „erlaubt“ sie Unfälle. Der preussische Jahresbericht für 1891 schreibt Seite 243: „Ein Arbeiter, der mit noch zwei anderen die beim Diazotieren gewisser Chemikalien nötigen Verrichtungen zu besorgen hatte, erkrankte eines Tages nach Beendigung der Arbeit und starb am zweiten Tage. Als Ursache hierfür wurde das Einatmen giftiger nitrosen Gase angesehen. Es stellte sich bei der deshalb angeordneten Untersuchung unter anderem heraus, daß der schon früher lungentant gewesene Mann am Tage der Erkrankung bei der vorgedachten Arbeit in nicht unerheblicher Menge freigesetzte salpetrige Säure eingeatmet hatte.“ In den Sprengstoff- und Zellulosefabriken kommen ebenfalls bei der Verwendung der Salpetersäure Unfälle vor. Der Jahresbericht für 1895 schreibt aus dem Bezirk Frankfurt a. O.: „Der Arbeiter einer Maschinenfabrik (aus nitrosen Holzschliffe hergestellter Sprengstoff) ist innerhalb 24 Stunden an der Wirkung eingetretener Nitrierdämpfe gestorben. Er hatte ohne Benutzung der vorgeschriebenen Maske nitriert.“ Nach dem Unfall ließ der Direktor die Nitriergefäße durch einen Holzbedel abschließen und diesen mit einem kurzen Einwurfsutzen und einen bis an den Dachreiter reichenden hölzernen Abzugschlot versehen. Eine in dem Schlot angebrachte Glasröhre diente zur Beobachtung der sich entwickelnden Dämpfe. Die Einrichtung soll sich bewährt haben, nur schade, daß sie nicht etwas früher angebracht wurde. Der Bericht der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten für 1901 schreibt Seite 54 aus dem Bezirk Berlin: „Durch Salpetersäure dämpfe veratmeten sich zwei Arbeiter schwer, von denen einer starb. Er hatte die Dämpfe beim Füllen von Brunnen-Elementen in einer Verwicklungsanstalt eingeatmet.“ Für explosionsfähige Zwecke sollte, erklärt auch der Bericht, man sich den elektrischen Strom besser auf eine andere, weniger gefährliche Weise verschaffen.

Im Jahresbericht für 1911 teilt der Gewerbeaufsichtsbeamte für den Bezirk Nürnberg mit, daß beim Nitrieren von Nitrosäurebehältern zwei Arbeiter einer Sprengstofffabrik — gemeint ist wohl die Dynamit-

fabrik in Krümmei a. G. die wegen der vielen in ihr schon vorgekommenen durchdringenden Unfälle bekannt ist — durch Einatmen nitrosen Gases so schwere Verletzungen der inneren Organe erlitten, daß sie einen respektive zwei Tage darauf starben, obwohl sie sich in der ersten Zeit nach Vornahme dieser Arbeit noch ganz wohl zu fühlen schienen.“ Auch hier hat man nach dem Unfall einige zweckmäßige Neuerungen eingeführt. Besonders scharf sind die nitrosen Dämpfe, die sich bei der Zellulosefabrikation entwickeln, weil hier der zum Nitrieren verwendeten Salpetersäure noch Schwefelsäure zugelegt wird, um durch sie der Salpetersäure alles Wasser zu entziehen. Erst am 8. Juli dieses Jahres ist der in der Deutschen Zellulosefabrik in Eilenburg beschäftigt gewesene Arbeiter Heinrich Moritz durch die beim Nitrieren der Baumwolle entstehenden nitrosen Dämpfe schwer erkrankt und nach zwei Tagen an den Symptomen der Nitrosvergiftung gestorben. Auch der betreffende Meister war wohl etwas von den Dämpfen angegriffen; aber er war infolge sofortiger Sauerstoffinhalation nicht so schwer erkrankt wie Heinrich, der in den Dämpfen noch bis 6 Uhr abends gearbeitet hatte.

Beim Transporth. Beim Lagern und beim Umsüllen von Salpetersäure können ebenfalls schwere Unfälle vorkommen. Die Schädigung einiger Vorkommnisse dieser Art wird das näher darun. In dem Niederlagerraum einer Leipziger Apotheke war 1897 eines Tages in Abwesenheit des Chefs ein Ballon rauchender Salpetersäure beim Umrühren zu Bruch gekommen und ausgelaufen. Ungefähr mozen zur Zeit in dem Raume ein 65jähriger und ein etwa 20jähriger Mann. Als die Säure auslief und sich auf den Fußboden verbreitete, mußten die beiden nichts anderes zu tun, als den im Raume vorhandenen Vorrat von Sägemehl, das in Abstreifen zum Reinigen von Salbentpateln gebraucht wird, darauf zu schütten, um damit die Säure aufzunehmen und zu entfernen. Allerdings fanden sie auch, daß der erkrankene Säurequalm dadurch nicht schwächer, sondern eher stärker wurde. Also schaufelten sie möglichst schnell das rauchende Sägemehl auf, um es auf den Fuß zu schütten und flüchtig Wasser darauf zu pömben. Es ging zwar ziemlich schwer und be-nahm ihnen fast den Atem, aber nachdem man noch den Lagerraum mit geöffneter Fenster gut mit viel Wasser nachgößelt, nahm der Säurequalm ziemlich ab. Auch der alte Mann empfand nur etwas Sauerreiz und Trockenheit im Galle; aber sechs Stunden darauf stellte sich bei ihm hartes Angößelbl, heftiger, quälender Husten und hochgradige Kurzatmigkeit ein. Diese Beschwerden nahmen rasch an



bietet, diese Einigkeit zu pflegen und zu fördern. Es ist deshalb die Pflicht aller Elektromonteur und Helfer, sich ihrer gewerkschaftlichen Organisation, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, anzuschließen.

München. Im Jahre 1910 schloß die hiesige Bewegung der Elektromonteur mit einem beachtenswerten Erfolg, der neben einer allgemeinen Lohnerhöhung von 5 % die Stunde, Durchschnittslöhne, Regelung der Montagezulagen u. s. w. in Form einer Vereinbarung brachte. Die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Tatsache, daß die Durchschnittslöhne sich in der Praxis nicht nur nicht vermindert, sondern zu Schädigungen der Arbeiter geführt hatten, veranlaßte die Elektromonteur, in diesem Jahre wieder eine Forderung zu erheben, wobei neben einer Lohnerhöhung die Einführung von Einkücheln und Erhöhung der Montagezulagen die hauptsächlichsten Forderungen bildeten. Da die Unternehmer die Angelegenheit zu verschleppen schienen, wurde das Gewerbegericht angerufen. Da erklärten die Unternehmer, dort nicht verhandeln zu wollen; auch sollte nicht mit der Organisation und auch mit der von den Arbeitern gewählten Kommission nicht verhandelt werden. Sie verlangten die Neuwahl einer Kommission in einer allgemeinen Versammlung, wozu die Unternehmer die Einladungen übernahmen. Die riesig besuchte Versammlung wählte jedoch die alte Kommission wieder, die Tags darauf schon in Unterhandlungen trat. Bei dieser Unterhandlung boten die Unternehmer eine Lohnerhöhung, die übrigen Bestimmungen der Vereinbarung von 1910 sollten unverändert bleiben. Die nicht bindende Lohnerhöhung änderten die Unternehmer im Laufe der Verhandlung noch in eine allgemeine von 4 % um, ohne indes an den übrigen Bestimmungen etwas ändern zu wollen. Bei der Verhandlung erregte sich ein heftiger Zwischenfall, der nur zu deutlich die Arroganz der hiesigen Unternehmer zeigte. Die Ortsverwaltung hatte den Unternehmern die Forderungen durch Einschreibebriefe übermittelt. Die Unternehmer erklärten aber, von einer Forderung keine Kenntnis zu haben. Auf die Entgegnung, daß diese durch den Deutschen Metallarbeiter-Verband eingereicht worden sei, erklärten sie, daß sie diese Forderung nicht annehmen könnten. Daraufhin wurden an einem Exemplar der vervielfältigten Forderung Kopie und Umhänft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes beilegt, vom Obmann der Kommission unterzeichnet und übergeben, und nun erst konnte verhandelt werden. Aber auch das war kein Verhandeln, sondern nur ein Bekanntheitgeben von beiderseitigen Erklärungen. Die bei der Verhandlung am Gewerbegericht gezeigte Arroganz wurde in dieser Sitzung von den Unternehmern fortgesetzt. Das ungenügende Entgegenkommen, die Verweigerung einer unbedingt notwendigen Regelung der Einstellungsfrage, die anmaßende Rücksichtslosigkeit der Unternehmer und deren offensichtliches Bestreben, die ganze Angelegenheit hinauszuziehen, führte dann zur Arbeitsniederlegung am 16. Oktober. Ueber den Ernst der Sache sind die Herren nicht im Zweifel gelassen worden. Die in München herrschende Geschäftsfrage begünstigte die Arbeitsniederlegung. Zurzeit stehen rund 600 Kollegen im Streik. Etwa 250 Kollegen arbeiten bereits zu den neuen Bedingungen. Die Scharifantenderei der Großfirmen beruht noch auf etne Einigung mit den übrigen Firmen. In der Branche herrschen ungeheuerliche Konkurrenzämpfe. Unterbietungen ungläublicher Art sind an der Tagesordnung. Die Firmen, die sich sonst in bestigter Weise bekämpfen, sind nunmehr gegen die Arbeitervereine vereint. Eine wirkliche Noteneinigung, denn nur die Abhängigkeit von den Konzernfirmen schweigt hier die Kleinen mit den Großen zusammen. Der in München gegenwärtig tobende Kampf hat nicht nur für die Arbeiter eine soziale Bedeutung, denn das Großkapital sucht die kleineren und mittleren Betriebe mit dem Mittel des Streiks der Arbeiter zu vernichten.

Formen.

Harburg a. G. In der am 29. Oktober abgehaltenen Branchenversammlung der Formen, Kleinmacher und Viekerhölzler sprach Kollege Guano Klemm über „Industrielle Organisationsprobleme und gewerkschaftliche Taktik“. Der Referent vertrat es, ein deutliches Bild zu geben von der Einrichtung eines modernen Großbetriebes, seines Kalkulations- und Kontrollwesens. Selbst sonst sehr rückständige Betriebe wählten mit der Zeit dazu kommen, sich mehr mit dieser Materie zu beschäftigen und es sei deshalb dringend erforderlich, daß auch die Arbeiter sich darüber unterrichten und geeignete Vorkenntnisse dazu treffen. Zu „Branchenangelegenheiten“ wurde das hier eingeführte Kontrollkartensystem und die gemachten Erfahrungen darüber besprochen. Folgende Resolution wurde angenommen mit dem Hinzufügen, sie im Verbandsorgan zur Kenntnis der Gesamtcollegenchaft zu bringen: „Da die Löhne am hiesigen Orte nicht tarifmäßig festgesetzt sind, ist jeder Kollege verpflichtet, sich vor Arbeitsbeginn mit den einmal bestehenden Arbeitsverhältnissen — wenn er anfängt — vertraut zu machen, die diesem Beschluß nicht nachkommen, haben keinen Anspruch auf die übliche kollegiale Behandlung.“

Heizungsmonteur.

Stegen. Die Firma Hinterschür vertritt es meisterlich, nach außen zu renommieren. Doch vergeht in letzter Zeit keine Woche, wo nicht einer der Angestellten seinen verdienten Lohn am Gewerbegericht einzufragen muß. Aus diesem Grunde empfehlen wir den Heizungs- und Installateuren für elektrische Anlagen, wenn sie sich vor Schäden schützen wollen, bei der Firma Hinterschür keine Arbeit anzunehmen.

Hüttenarbeiter.

Bvidau i. S. Am 30. Oktober tagte im Schützenhaus zu Gainsdorf eine öffentliche Versammlung der Arbeiter der Königin-Marien-Hütte zu Gainsdorf, die von weit über 1000 Arbeitern des Werks besucht war. Verhandelt wurde über die Vorläufe der Betriebsveränderung, die sie zur Sanierung der Pensionistenverhältnisse gemacht hat. Schon seit dem Jahre 1904 arbeitet die Pensionistenkasse des Werkes mit einer Unterbilanz. Allein im Jahre 1911 hatte sie eine Mindereinnahme von 30.601 M. In den letzten acht Jahren hat sich das Vermögen der Kasse vermindert von 1.248.032 M. im Jahre 1901 auf 1.089.619 M., also um rund 158.413 M. Die Kapitalrenten waren daraufhin in einer Klassenversammlung die Hüttenverwaltung zu befragen, was sie zu tun gedachte, um den vollständigen Verfall der Kasse aufzuhalten. Dieser Forderung gelang es, daß die Verwaltung der Arbeiter eine Anzahl Vorläufe unterbreitete, durch die, wenn sie durchgeführt würden, die Leistungen der Kasse ganz erheblich vermindert, die Beiträge aber ganz erheblich erhöht würden. Das pensionistenrechtliche Alter soll danach von 60 auf 65 Jahre hinaufgesetzt, die Pensionen der Witwen um 10 Prozent und die der Waisen um 2 1/2 und 5 Prozent gekürzt werden. Außerdem soll die Gewährung von Zinsen eingestellt werden. Die Beiträge sollen 4 Prozent des Lohnes betragen. Das bedeutet eine Beitragserhöhung für die unteren Lohnklassen bis zu 33 1/2 Prozent, während die Belastung der höheren Lohnklassen nur ganz gering wäre und die beiden höchsten Lohnklassen sogar entlastet würden. Die Beiträge des Werkes, die bisher bestanden aus festen Beiträgen nach den festgesetzten Lohnklassen und 20 % Zantime pro Tonne der für fremde Rechnung gelieferten Fabrikate. Sollen nach den Vorläufen der Verwaltung ebenfalls 4 Prozent des Lohnes betragen unter gleichzeitiger Bewahrung der Tennertantime. Mit diesen Vorläufen konnten sich die Arbeiter nicht befreunden, zumal die Sanierungsmaßnahme nicht einmal den Versuch gemacht hätte. Ihre Vorläufe durch eine Wirtschaftlichkeitsberechnung, wie die Vorläufe auf das finanzielle Ergebnis der Kasse wirken würden, zu begründen. Die Beamten der Hütte scheiden mit dem 1. Januar 1913 aus der Kasse. Infolge der Privatbeamtenversicherung aus, aber nur als zahlende Mitglieder. Der Anspruch an die Leistungen der Kasse bleibt ihnen nach Maßgabe ihrer bis zum 31. Dezember 1912 geleisteten Beiträge erhalten. Dadurch erleiden der Kasse schädlichste Veränderung 20.000 M. an Beiträgen pro Jahr, während sie mit den Beamtenpensionen weiter belastet bleibt. Nachstehende Resolution wurde von der Versammlung einstimmig angenommen: Die am 30. Oktober im Schützenhaus zu Gainsdorf von über 1000 Arbeitern

der Königin-Marien-Hütte in Gainsdorf besuchte Versammlung kann die Abänderungsvorschläge der Hüttenverwaltung zum Pensionistenrat als nicht ausreichend betrachtet, um die finanzielle Grundlage der Kasse zu sichern. Die Versammelten sind der Ansicht, daß diese Vorläufe nur geeignet sind, den weiteren Verfall der Kasse nur um einige Jahre hinauszuziehen. Die Versammelten lehnen darum die Vorläufe ab, zumal die Verwaltung Unterlagen, aus denen die Wirkung der Vorläufe auf das finanzielle Ergebnis der Kasse ersichtlich wäre, nicht beibringt. Die Arbeiter erklären ferner, daß sie nach ihrer gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage, welche durch die anhaltende Leerung und die überaus minimalen Löhne, die auf der Hütte gezahlt werden, bedingt ist, nicht in der Lage sind, weitere finanzielle Opfer für die Pensionistenkasse zu bringen. Die Versammlung beauftragt die Klassenvertreter, diesen ihren Entschluß der Hüttenverwaltung in einer Eingabe zur Kenntnis zu bringen.

Metallarbeiter.

Apenrade. Die Arbeiter der Apenrader Kreisbahn hatten sich im Frühjahr ausgesagt und waren dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beigetreten. Sie stellten dann ein Gesuch um Lohnerhöhung, das sie damit begründeten, daß ein verheirateter Schlosser mit 32 bis 40 1/2 Stundenlohn nicht auskommen könne. Die Antwort des Herrn Betriebsdirektors Paap lautete, der Lohnsatz solle geregelt werden, aber auf wesentliche Lohnerhöhungen könne man sich nicht einstellen. Man solle sich nach der Decke strecken. Neben diesem wohlgemeinten Rat wurde unsern Vertrauensmann und noch einigen Kollegen gelündigt. Auf Anfrage kam man mit leeren Ausreden und gleich darauf wurde sämtlichen Arbeitern funktionslos, daß sie aus dem Metallarbeiter-Verband auszutreten hätten oder ihnen gekündigt würde. Darauf schickte sich eine Versammlung mit der Sache und es wurde einstimmig beschlossen, über den Betrieb die Sperre zu verhängen. — Die Entlohnung der Arbeiter bei der Kreisbahn läßt viel zu wünschen übrig. Auf den Holzschlägen erhalten die Arbeiter 38 1/2 Stundenlohn, die Mauerhilfsarbeiter 45 M., die gelernten Schlosser und Schmiede auf der Kleinbahn 34 M. Anfangslohn. Die gelernten Arbeiter sind also schlechter gestellt als die ungelerten. Selbst Schlosser, die zehn und zwölf Jahre im Betrieb sind, erhalten nur 40 bis 42 1/2 Stundenlohn. Dafür dürfen sie aber auch am Antsbirgspass als Paradeputzen mitmachen. Den Geizern geht es noch wohler, sie erhalten — 23 1/2 Stundenlohn nebst Kilometergeldern und „Zantime“ für Kohlen- und Schmierölsparsnis. Wie diese Ersparnisse gemacht werden, kann jeder Helfer bezeugen; davon erhält aber noch der Lokomotivführer zwei Drittel und der Geiziger ein Drittel. Die Geiziger können ja sonst zu fett werden. Der Direktor, dem Meister Hofen und dem Vorarbeiter Schubert können wir verraten, daß die Sperre nicht eher aufgehoben wird, als der Metallarbeiter-Verband von ihnen anerkannt ist.

Bochum. (Christliche Demagogie.) In Nr. 43 des schwarzen Zentrums-Metallarbeiterblattes ist unter „Bochum“ eine Notiz enthalten, in der Gift und Galle geschoben wird über einen Satz, der am Schluß eines Berichtes über die Kleinernbewegung in den monatlich erscheinenden Wochens Mittellungen unserer Verwaltungstelle enthalten ist. In diesem Bericht ist am Schluß darauf verwiesen, der Beamte des „Christlichen“ Metallarbeiterverbandes mache sich in den Versammlungen, die von dieser Organisation einberufen werden, besonders damit wichtig, daß sich der „Christliche“ Metallarbeiterverband an dem Streik der Kleinern beteiligen habe. Wir wiesen dann in dem Bericht weiter darauf hin, daß der Zweck dieser Werbung der ist, das Ansehen, das die Christen durch ihren Verrat bei der Bergarbeiterbewegung verloren haben, wieder zu gewinnen. Die Beteiligung am Streik aber noch kein Beweis dafür sei, daß die Christen in Zukunft der Streiktruppe nicht mehr folgen werden, da sie bei dieser Bewegung mit nur 13 Mann in Frage kamen. Das wird mit diesen wenigen Worten ins Schwarze getroffen haben, geht deutlich aus dem Wutgeschrei im schwarzen Metallarbeiter hervor. Es wird uns da der Vorwurf gemacht, daß wir im geheimen einen Verleumdungsflug gegen den „Christlichen“ Metallarbeiterverband führten und uns hielten, das dort (in den Lokalen Mittellungen) Geschriebene im Volksmunde für Bochum oder der von Metallarbeiter-Zeitung zu veröffentlichen, weil wir sonst auf die Finger gelassen würden. Dem Beamten unseres Verbandes seien Unwahrheiten nachgewiesen worden. Es heißt dann weiter, daß die sozialdemokratische verheerende Erziehung und Willkürpolitik während der Bewegung durch gegenwärtige schlagende Beweise zum Ausdruck gekommen sei und wir alle Ursache hätten, die Bewegung totzuschweigen. Eventuell droht man, „deutlicher zu werden“. Daß die Christen bei der Bergarbeiterbewegung Streikbruch und Arbeiterverrat begangen haben, steht aber fest und fester einig in der Welt da. Auch daß der „Christliche“ Metallarbeiterverband schon wiederholt Streikbruch und Arbeiterverrat begangen hat, haben wir öfter festgestellt können. Wir erinnern nur an die Vorgänge bei Gröde in Bielefeld, Union (Dortmund), Westfälische Stahlwerke in Bochum und den bereits beschlossenen Streikbruch im Jahre 1910 bei der Kleinernbewegung in Bochum. Dieser konnte aber nicht ausgeführt werden, weil damals ein Tarifvertrag ohne Arbeitsniederlegung zustande kam. Bei der Gelegenheit möchten wir einmal die Frage an den „Christlichen“ Engel richten, was er dazu sagen würde, wenn jetzt der Deutsche Metallarbeiter-Verband das in München nun würde, was der „Christliche“ Verband in Dortmund auf der Union getan hat? Wäre das dann auch kein Streikbruch? Jedenfalls ist es ganz etwas anderes, wenn einzelne Arbeiter gegen den Willen der Organisation zu Streikbrechern werden, als wenn eine Organisation den organisierten Streikbruch betreibt. Der Vorwurf, daß wir einen geheimen Verleumdungsflug gegen den „Christlichen“ Metallarbeiterverband führten, fällt schon dadurch in sich zusammen, weil unsere Lokalen Mittellungen nicht unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheinen, sondern in weit über 1000 Exemplaren verbreitet werden. Wäre die Behauptung des „Christlichen“ Schreibers richtig, so könnte er ja nicht in den Besitz derselben kommen. Was die Behauptung betrifft, unserm Beamten seien Unwahrheiten nachgewiesen worden, so ist man von dem „Christlichen“ Engel ja gewohnt, daß er glaubt, den Wahrheitsbeweis für irgend etwas erbracht zu haben, wenn er mit dreifacher Stirn abtritt. Dafür ein Beispiel: Nach der Bewegung auf den Westfälischen Stahlwerken wurde festgestellt, daß Engel noch während der Sperre Formen nach dem Werk geschickt hat. Engel bestritt das; da gegen die gemachten Feststellungen nicht anzukämpfen war, wurde behauptet, die Formen hätten die Unwahrheit gesagt und Engel wolle sie veranlassen, in einer gemeinsamen Sitzung diese Unwahrheit zurückzunehmen. Auf die Sitzung warteten wir noch heute; als wir uns einmal gelegentlich nach ihrem Stattfinden erkundigten, wurde uns die Mitteltuna, die beiden in Frage kommenden Formen seien aus dem „Christlichen“ Metallarbeiterverband ausgetreten und deshalb könne die Sitzung nicht stattfinden. Wie groß aber war unser Erlaunen, als wir vor ungefähr vier Wochen durch Zeugen feststellen konnten, daß der eine der Formen noch bis vor einigen Wochen ununterbrochen Mitglied des „Christlichen“ Metallarbeiterverbandes war und daß er es noch ist, wenn nicht inzwischen seine Streichung erfolgte, weil er das Zahlen einstellt hat. Daraus kann jeder sehen, wie von „Christlicher“ Seite Beweise geführt werden. Was d. h. Drohung mit Preisgeben von „Geheimnissen“ betrifft, so wollen wir diese gleich selbst mitteilen, wir erfüllen damit jedenfalls einen Wunsch der Christen. Es war nach Abschluß der Bewegung, als ein durch Alkohol beauftragter freierländer Arbeiter mit einem andern in Streit geriet und ihm ein Bierglas an den Kopf schlug. Wie verurteilen selbstverständlich eine derartige rohe Tat und sind ständig bestraft, gegen Ungehorsamkeit anzukämpfen. Was aber haben die Christen in der Bekämpfung des Alkohols bisher getan? Nichts! An jenem Abend hatten nicht nur einige Kollegen unserer Organisation einen über den Durs getrunken, sondern auch „Christliche“. Für die Sanktion eines einzelnen die Organisation verantwortlich zu machen, zeigt deutlich, was die Verleumder sagen. Engel behauptet, daß an diesem Vorgang die verheerende Erziehung unserer Zeit Schuld sei. Der in Frage kommende Kollege gehörte ein knappes halbes Jahr unserer Organisation an, es kann doch also von einer Erziehung keine Rede sein. Anders aber liegt ein anderer Fall. In Gattlingen auf der Genrichs-

hütte arbeitete ein Former Meister, der aus einer sehr christlichen Familie stammen soll, ein Bruder von Weislicher, ein anderer Klosterbruder sein. Dieser Meister gehörte schon mehrere Jahre dem „Christlichen“ Metallarbeiterverband an und war in diesem wegen seines „guten Eigencharakter“, wie er durch die „Erziehung“ im „Christlichen“ Metallarbeiterverband erworben hatte, als Vertrauensmann tätig. Eines Tages schlug er ohne jeden ersichtlichen Grund einem Arbeiter in der Werkstatt mit einem Horntrichter derartig an den Kopf, daß diesem das Trommelfell zerfiel. Wir haben hier voran dieses Verbrechen nicht den „Christlichen“ Metallarbeiterverband verantwortlich gemacht, fragten aber bei Engel an, ob an dem Verbrechen auch die verheerende sozialdemokratische Erziehung Schuld sei. Die Frage ist unbeantwortet geblieben! Der „Christlich“ organisierte Meister war mehrere Jahre Mitglied des „Christlichen“ Metallarbeiterverbandes und in n. u. t. e. r. e. m. Zustand! Daß Engel lernen wird, in Zukunft mit seiner „Beweisführung“ vorsichtiger zu sein, glauben wir nicht. Nachdem die gelbe Seuche sich auf den Leuten nach dem Arbeiterverrat der Christen etagenstelt hat und auch in die hiesigen Hüttenwerke verstreut worden ist, ist dem „Christlichen“ Metallarbeiterverband ein gefährlicher Konkurrent entstanden, der seine Mitgliedschaft bedroht, denn ein Unterschied zwischen beiden ist nicht mehr zu finden. Ob die Mitgliedschaft beim „Christlichen“ Verband dadurch aufzuhalten sein wird, daß jedes Mitglied noch bis zum Jahresabschluss ein neues Mitglied dem „Christlichen“ Verband zuführen soll, glauben wir nicht, es wird das wohl ein frommer Wunsch bleiben.

Chemnitz. Am 30. Oktober wurde im Volkshaus unsere Generalversammlung abgehalten. Dem Bericht, den der Bevollmächtigte erstattete, war zu entnehmen, daß im dritten Quartal drei Streiks stattfanden, ein Angriffs- und ein Abwehrstreik. An dem Angriffsstreik der Bauhofsloffe waren 124 Personen beteiligt. Es ereignete sich durch ihn 104 Kollegen eine Lohnerhöhung von 1.16 M. die Woche; zusammen 120,24 M. Auch ist der Mindestlohn um 2 M. die Stunde erhöht worden. Der Abwehrstreik bei der Firma C. M. Auerbach dauerte 5 1/2 Wochen. Daran waren 19 Kollegen beteiligt. Der Streik ging verloren, weil sich genügen Streikbrecher gefunden hatten. Der Bauhofsloffe Streik betrug 102,33 M., der Streik bei C. M. Auerbach 96,05 M. Außer diesen zwei Streiks waren noch acht Kollegen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes am Streik der Kleinern beteiligt und ein Kollege am Streik der Schneider beteiligt. Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung fanden 9 statt, 7 Angriffs- und 2 Abwehrbewegungen. Beteiligt waren an den Abwehrbewegungen 67, an den Angriffsbewegungen 312 Personen, zusammen 379. Bei Morgenstern & K. h. wurde ein Tarif abgeschlossen, in dem die 56 1/2 stündige Arbeitszeit festgelegt ist. Ein Lohnausgleich wurde gewährt und die Arbeitszeit abgeändert. Bei Dietrich & Wolf ist durch Tarif die 57 1/2 stündige Arbeitszeit festgelegt, Lohnausgleich und Zuschlag für Überstunden und Nachtarbeit ist gewährt worden; auch wurde die Vorkarbeit einer Regelung unterzogen. Bei Bauer & Co. ist für 77 Personen eine 1 1/2 stündige wöchentliche Arbeitszeitverkürzung eingetreten; die Arbeitszeit ist auf 56 1/2 Stunden festgesetzt. Für Überstunden wird ein Zuschlag von 25 Prozent, für Nacht- und Sonntagsarbeit von 50 Prozent gezahlt. Ferner ist ein Mindestlohn festgelegt und wird eine Lohnzulage von 2 bis 3 M. gezahlt. Die Vorkarbeit wurde geregelt, auch die Lohnabgabe an die Lehrlinge. Zur Regelung von Differenzen ist eine Schlichtungskommission vorgeschlagen. Die Lohnerhöhung beträgt für jeden Arbeiter 2,22 M. die Woche, zusammen 170,94 M. Bei C. & S. & S. & S. ist auch eine Vereinbarung abgeschlossen worden. Die Arbeitszeit ist von 58 auf 56 1/2 Stunden reduziert, was für die 33 dort beschäftigten Arbeiter wöchentlich 49 1/2 Stunden weniger Arbeitszeit bedeutet. Der Wochenverdienst wurde für jeden Arbeiter um 1,23 M. erhöht, zusammen um 40,59 M. Der Zuschlag für Überstunden beträgt 25 Prozent, für Nacht- und Sonntagsarbeit 40 Prozent. Auch ist ein Mindestlohn festgelegt und der Stundenlohn bei Vorkarbeit garantiert. Weiter erreichten 33 Arbeiter bei Wernhard & Söhler je eine Lohnerhöhung von 1.14 M. pro Woche, zusammen 37,64 M. Durch Verhandlung mit dem Feinblechfabrikanten G. o. m. m. erreichten 4 Personen eine Lohnerhöhung von je 67 M. die Woche, zusammen 2,68 M. 33 Nadelmacher erreichten bei Wirt in Wittgenborf eine Arbeitszeitverkürzung von wöchentlich 3 1/2 Stunden. Bei der Firma G. e. r. d. e. r. M. i. l. l. e. r. wurde mehrmals eingegriffen werden, weil sie sich weigerte, die tariflichen Bestimmungen einzuhalten. Bei Dietrich & S. a. n. a. d. gelang es durch Eingriff der Organisation, für 4 Personen eine Lohnreduktion von je 3 M. die Woche zurückzuweisen. Differenzen wegen Nichterhaltung des Tarifes entstanden in den Prestowerken; es gelang dort nicht in allen Fällen, eine Verhinderung juristisch zu erreichen, weil der Geschäftsgang in diesem Betriebe ein schlechter war. Der Tarif der Feilenhauer ist auch in den Werkstätten von F. i. d. e. r. und V. e. n. z. zur Anerkennung gelangt und gilt jetzt für alle Metallbetriebe der Stadt. Mehrfach mußte sich die Ortsverwaltung mit den Differenzen in der P. o. g. e. s. e. n. W. i. d. e. l. e. t. beschäftigen. Anfangs Oktober traten 11 junge Leute der Drehstromwerke ohne Genehmigung der Organisation in den Streik. Auch bei S. o. f. m. a. n. n. & W. u. r. i. c. h. verließen die Arbeiter den Betrieb, ohne daß die Zustimmung für einen Streik erteilt war. In diesen zwei Fällen unterlagen die Arbeiter. Die Kollegen müssen deshalb immer wieder darauf hingewiesen werden, daß irgend welche Lohnbewegungen ohne Zustimmung der Organisation nie Erfolg haben werden. Mehrfach mußte eingeschritten werden gegen Kollegen in der G. e. m. e. t. a. l. l. i. n. d. u. s. t. r. i. e. weil diese nicht in allen Fällen bereit waren, für die tariflichen Bestimmungen einzutreten. Auch wurde festgestellt, daß trotz des alten Geschäftsganges die Unternehmer immer und immer wieder versuchen, auf die Arbeitspreise zu drücken. Der Vertreter der Organisation, die beim Streik der Arbeiter den Betrieb, ohne daß die Zustimmung für einen Streik erteilt war. In diesen zwei Fällen unterlagen die Arbeiter. Die Kollegen müssen deshalb immer wieder darauf hingewiesen werden, daß irgend welche Lohnbewegungen ohne Zustimmung der Organisation nie Erfolg haben werden. Mehrfach mußte eingeschritten werden gegen Kollegen in der G. e. m. e. t. a. l. l. i. n. d. u. s. t. r. i. e. weil diese nicht in allen Fällen bereit waren, für die tariflichen Bestimmungen einzutreten. Auch wurde festgestellt, daß trotz des alten Geschäftsganges die Unternehmer immer und immer wieder versuchen, auf die Arbeitspreise zu drücken. Der Vertreter der Organisation, die beim Streik der Arbeiter den Betrieb, ohne daß die Zustimmung für einen Streik erteilt war. In diesen zwei Fällen unterlagen die Arbeiter. Die Kollegen müssen deshalb immer wieder darauf hingewiesen werden, daß irgend welche Lohnbewegungen ohne Zustimmung der Organisation nie Erfolg haben werden. Mehrfach mußte eingeschritten werden gegen Kollegen in der G. e. m. e. t. a. l. l. i. n. d. u. s. t. r. i. e. weil diese nicht in allen Fällen bereit waren, für die tariflichen Bestimmungen einzutreten.

Essen a. N. Am 1. November wurde im großen Saale der Witte Maas die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes abgehalten, zu der sich eine stattliche Zahl von Delegierten eingefunden hatte. Kollege S. a. h. n. s. e. n. erstattete den Geschäftsbericht. Er führte aus, daß Angelegenheiten vorhanden seien, die auf eine unglücklichere Gestaltung des Wirtschaftsmarktes schließen lassen. Die Zahl der vollständigen Beschäftigten habe nicht nur im Baubereich abgenommen, sondern auch in der Großindustrie. Dies zeige sich besonders in einigen Betrieben der Firma S. r. u. p. p. Während im Jahre 1910 in der Westfälischen Werkstatt IX über 1800 Arbeiter beschäftigt wurden, seien es dort jetzt weniger als 1400. Ermittlungen im Lafettenbetrieb III haben ein noch schlimmeres Resultat ergeben. Die Zahl der Arbeiter ist dort von über 1000 auf unter 500 gesunken. In die Arbeitslosigkeit würden ungeheure Anforderungen gestellt. Ein raffiniert ausgelegtes Abschöpfwerk treibe die Ausbeutung bis zur völligen Erschöpfung. Die Arbeiter seien bei mangelnder Organisation immer im Nachteil. Soweit sie von Entlassungen nicht betroffen würden, müßten sie sich einen Weg nach dem andern gefallen lassen, während im andern Falle Arbeits-

Losigkeit und Verlust der eingezahlten Pensionsbeiträge die Folge sein. Auf die Pension selbst sei so gut wie gar nicht zu rechnen. Im Jahre 1911 seien auf je 100 Beschäftigte nicht einmal 7 Arbeiterpensionäre gekommen. Das Gros der Arbeiter sterbe früh dahin, weil es zwanzig Jahren kruppischer Ausbeutung nicht standhalten könne. Heute gebe es keinen kruppischen Arbeiter mehr, der nicht an eigenen Leide wahrgenommen hätte, daß die sogenannten Geldgeschenke längst von ihm selbst, infolge der haarsträubenden Abzüge, bezahlt worden seien. Die ganze „Wohlfahrt“ sei nicht wert, daß die Arbeiter deswegen auf eine angemessene Bezahlung verzichteten, einer längeren Arbeitszeit entzogen und ihre Freiheit preisgaben. Eine wirkliche Arbeiterfürsorge setze eine starke Organisation voraus, wie überhaupt eine solche nicht die Stellung der Arbeiter erschlößere, sondern festige. Dies habe sich auch im Kampfe der Essener Elektromonteur gezeigt, die durch ihr sozialistisches Handeln einen schönen Erfolg errungen haben. Für die Mitglieder des Verbandes sei auch mit der Konsum-Gesellschaft „Eintracht“ ein Tarifvertrag abgeschlossen worden. Dieser Vertrag sehe auch Verboten vor, und zwar einseitlich für alle Beschäftigten. Der Redner ging dann auf den Streik der Hut- und Wagnerschmiede ein, der von den Strategen des Zentrums-Metallarbeiterverbandes inszeniert war, um seine rampantierte Ehre auszuweisen. Unter Verband sei nur mit zwei Mitglidern beteiligt gewesen. Der Streik ging verloren. Sanktionen warnte dann ausdrücklich davor, dem Verlangen der Christen nach gemeinsamen Aktionen, ohne Rücksprache mit der Verwaltung nachzugeben. Leute, die von sich behaupten, die geschworenen Feinde der modernen Arbeiterbewegung zu sein, müsse man vor sich haben. Es komme den schwarzen Christenführern auch viel weniger auf einen Kampf für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen an, den sie ernstlich nicht führen wollen und auch nicht führen können, sondern auf eine Aktion zur Gewinnung von Mitglidern. Dazu haben wir jede Hilfeleistung, und sei diese auch nur indirekt, unter allen Umständen zu verweigern. Bei den Wahlen der Gewerkschaften für die Schlofferinnung und ebenso bei denen für die Klempnerinnung seien die Christen aus ihren Positionen hinausgemacht worden. Viele Resultate haben uns die Schwärze des schwarzen Verbandes gezeigt, die nicht nur in der Großindustrie, sondern auch im Kleingewerbe vorhanden ist. Die Beitragsleistung habe sich bei uns im dritten Quartale gehoben. Der Mitgliedsbeitrag betrage 41, außerdem seien seit dem 1. Oktober auch 28 Kollegen übergetreten, die vor dem Zentralverband der Schmiede angehört haben. Der Redner sprach dann die Erwartung aus, daß die zur Ausgabe gelangenden Fragekarten genau ausgefüllt werden und der Jugendbewegung mehr Sorgfalt gewidmet wird. Besondere Wert müsse auf eine intensivere Agitation gelegt werden. Mit sei vor allen Dingen erforderlich und Treue zur Organisation. Mit diesem Hinweis ausgestattet, werde es auch im schwarz-gelben Essen möglich sein, die traurigen Verhältnisse zu bessern. Hierauf erteilte Kollege Brandes den Dank. Der Hauptzweck in Stuttgart wurden 15 000 A. Abenteuere Das Vermögen der Kassa habe sich um 1480 A. Den Mitglidern sind in Fällen der Erwerbslosigkeit, Krankheit, bei Strafregelungen und Streiks circa 6000 A. an Unterstützungen ausgezahlt worden. Die Diskussion gestaltete sich äußerst lebhaft. Sie war von Sachlichkeit und freundlichem Eifer getragen. Der Verwaltung wurde einstimmig Bescheid erteilt. Kollege Wolke in forderte zur fleißigen Agitation für die im Dezember stattfindende Gewerbetagung in ahl auf. Bei dieser gelte es alles aufzubieten, um den bisherigen Bestand möglichst zu erweitern. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband wurde hierauf die Generalversammlung geschlossen.

**Magdeburg.** Der Streik der 500 Kollegen der Nähmaschinenfabrik von S. Wundlos & Co. dauert jetzt in die fünfte Woche und noch ist eine Ansicht, daß die Firma den berechtigten Ansprüchen der Arbeiterchaft Rechnung tragen werde, nicht vorhanden. Zuerst setzte sie ihre Hofnung auf die 49 Stundener, die ihr die „Agentur Kohnhagen“ (Berlin) lieferte. Das sollte den Ausführenden den Gehalt in alle Glieder treiben. Als diese Wirkung ausblieb, versuchte sie es mit völlig falschen Versichten über die Löhne und Verdienste der Arbeiter, die sie in blauen Blättern veröffentlichte. Wir kamen nur zu schnell eine Widerlegung geben, die ihr nicht unangenehm gewesen sein mag. Dann wurde in allen Zeitungen Verfallslands nach Streikbrechern in erriet. Später wurde in einem Zirkular an die Ausführenden, das diesen am Sonntag in die Wohnung zugestellt wurde, eine Ermahnung auf die Beteiligten und besonders wohl auf die Frauen der Kollegen unternommen. Als alles vergeblich war, ist die Polizei zu Hilfe gerufen worden. Am Donnerstag dem 8. November, als Kollege Brandes eben im Bezirk war, einen Situationsbericht in der Streikversammlung zu geben, erschien ein Polizeikommissar mit etwa 50 Schutzleuten in Uniform und Zivil, um — jämlich die Versammlungsbesucher zu jizieren. Er erklärte den Versammelten: „In den letzten Tagen seien wiederholt Belästigungen der Arbeitsmitten vorgekommen. Es bestünde der Verdacht, daß sich dabei auch Streikende beteiligen könnten. Um diese letzteren zu ermitteln, sei er beauftragt, alle festzunehmenden Die Unbeteiligten würden wieder freigelassen.“ Sämtliche Ausgänge des Lokals waren polizeilich besetzt. Brandes forderte die Versammelten auf, diesem Gehot zu folgen. Er sei überzeugt, daß die Aktion eine Wagnis, aber nicht für die Streikenden werde. Diese Unterstützung des Unternehmers werde noch gebührend getadelt werden. Und dann ging der Transport los. Zuerst wurden Trupps zu 50 abgeführt, die letzten 200 dagegen wurden zusammengekommen und so führten mit allem, was sich anfühle, eine ganz nette, von der Polizei selbst veranstaltete Straßendemonstration. Die Gegenüberstellung der angeblich heftigsten Arbeitswilligen war eine Komödie. Der Beamte hatte bereits, als der erste Trupp ankam, einen Zettel auf dem die Namen aller derer angegeben waren, die dann am Schluß festgehalten und mit dem „röhen Anruf“ oder einem Mündlos vom Polizeirevier nach dem Polizeipräsidium gebracht wurden. Das waren 21. Unter ihnen befanden sich sämtliche Mitglieder des Streikkomitees. Die Namen waren wohl von der Firma selbst geliefert worden, wie auch während der Vernehmung am Samstag der Ausführender der Fabrik im Polizeibureau anwesend war. Sämtliche 21 verhaftete Kollegen wurden noch am selben Abend wieder entlassen, wohl der beste Beweis, daß die Beschuldigungen gegen die Streikenden schon bei der ersten Vernehmung gegenstandslos geworden sind. Und dennoch sollte Aktion der Polizei gegenüber einer Firma, die sich jedes Reden nebe nichts für die Arbeiter sein hat! Die Polizeibeamteten sollten Verwahrung in die Streikenden tragen. Das Gegenteil ist erreicht worden. In den ersten Tagen des Auspandes sind sechs Mann abgeführt. Selbst heute gehen die Streikenden wie ein Mann. Die Polizei sieht als Grund für ihre Maßnahmen an: die Arbeitsmitten hätten auf dem Heimweg von Frauen selbst das Kind als Streikbrecher ergriffen worden. Es liege der Verdacht nahe, daß dies nicht nur auf Karolen von Streikenden, sondern auf die Arbeiterchaft im allgemeinen gesehen sei. In die Firma wären anonyme Drohbriefe gelangt worden und ebenso an Arbeiter, die doch von Streikenden herühren könnten. Solche Straflosigkeit wird den Streikenden in die Schuhe geschoben, um gegen sie vorzugehen zu können. Wenn die Polizei Arbeitsmitten jizieren will, so was sie sich in die Fabrik begeben und sich die Schlüssel der Türschlösser aneignen. In nächster Zeit wird vor dem Gericht die Frage einer dieser Strafen der Kapitalistischen Ordnung gegen die Firma Wundlos ausgesetzt werden, der keine Stellung verleihe, weil er selber Kaufe war. Er will sich die in der Fabrik einzuschleichen Schloßschlüssel geholt haben, die jeder Beschäftigte dort haben soll. In zwei kleinen Räumen liegen 30 Wagnis auf Strohhallen, die auf dem Erdboden liegen. Die Räume sollen nach und nach an andere anwesende Arbeiter abgegeben werden. Wenn jedoch die Polizei nicht hört, so kann man sie hierin nicht abhalten. Streikende müssen helfen. Die Polizei ist es, die die Fabrik betreten und die Arbeiterchaft jizieren will. Die Polizei ist es, die die Fabrik betreten und die Arbeiterchaft jizieren will. Die Polizei ist es, die die Fabrik betreten und die Arbeiterchaft jizieren will.

berbörnen trug. Es wurde im Schaufenster der Buchhandlung W o l f s t i m m e, mit einer entsprechenden Widmung versehen, ausgehängt und von Lesenden besichtigt. Die Polizei verlangte die Herausnahme aus dem Fenster, wollte es später auch beschlagnahmen, was ihr jedoch nicht gelang. Es wird bei einem eventuellen Arbeitswilligenausgesetzentwurf mit vorgelegt werden. Das eine sei jedoch der Polizei heute vor ihr beschützigen Firma Wundlos gelagert: So wird dieser von Herrn Wundlos provozierte wirtschaftliche Krieg seine Erleichterung nicht finden.

**Solingen.** Der Stahlwagnarbeiter brachte in seiner letzten Nummer wiederum den Schwindel einer angeblichen Niederlage bei dem Streik der Formner in Berlin. Es heißt da unter andern, der Metallarbeiter-Verband müßte nachgeben und die Unternehmerorganisation diktierte die Bedingungen: 40 % Entlohnungslohn für Leute, die bei 50, 60 und mehr wöchentlichen Stundenlohn in den Streik getreten waren. Diesen Schwindel haben wir im Stahlwagn schon einmal gelesen. Wie liegen nun die Dinge? Die Formner haben bei dieser Bewegung einen guten Erfolg gehabt. Es wurde die W o l f s t i m m e Frage zu ihrer höchsten Zufriedenheit erledigt. In § 12 der Vereinbarung ist bestimmt: Wo bereits bessere Arbeitsverhältnisse als in obigen vereinbart sind, bestehen, sollen dieselben nicht verschlechtert werden. Ferner heißt es: Die Löhne der Lohn- und Hilfsarbeiter sollen revidiert werden, bei denen bisher eine besonders niedrige Bezahlung stattfand. Bei Aufnahme der Arbeit treten die Lohn- und Hilfsarbeiter, die ihre alte Arbeit wieder erhalten, mindestens in die Lohnstufe ein, die sie bei Beginn des Streiks hatten. Maßregelungen aus Anlaß des Streiks oder der Durchführung dieser Vereinbarung dürfen nicht stattfinden. Mit der Wiederherstellung der Ausgesperrten wird noch Maßgabe der Betriebsverhältnisse am Montag den 11. Dezember 1911 begonnen. Die Ausgesperrten werden ohne Kürzung ihrer bisherigen Rechte wieder eingestellt. — Damit ist die unwahre Behauptung des Stahlwagns bewiesen. Auch über Sagen-Schwindel im Stahlwagn. Wenn die Unternehmer haben bei dieser Bewegung den Rückzug angetreten. Es ist eine Willkür der bisherigen Handhabung des Arbeitsnachweises der Unternehmer eingetreten. Wenn der Stahlwagnarbeiter bei der Bewegung im Falle der Teil von einem großen Erfolg fälsche, dann sollte er so ehrlich sein, den Kampf in Sagen nicht als eine Niederlage der Beteiligten zu bezeichnen. Die Schwindel mit den Fabrikanten, wie sie die Führer des Industriearbeiterverbandes betreiben, kann und wird im Deutschen Metallarbeiter-Verband nicht plagieren. Wir haben es nicht notwendig, eine Zirkular einzuschlagen, die den Fabrikanten angenehm ist. Das überlassen wir den Kontraktoren. Was hat denn der Industriearbeiterverband trotz seiner großen Freundschaft mit den Fabrikanten in den letzten Jahren erreicht? Wenn Streik der Arbeiter wurde der schmähliche Streikbruch verübt. Die Arbeiter erhielten ein Preisverzeichnis, das keine 30 Silberlinge wert ist. Bei den Schlägerarbeitern will man mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband nicht zusammenschließen, weil ein Streik der Schlofferarbeiter eine riesige Summe an Arbeitslosenunterstützung kosten würde. Die Industriearbeiterlichen Meisterliche könnten durch den Streik arbeitslos werden, deshalb bitten die Schloffer des Industriearbeiterverbandes mit den Schloffern des Deutschen Metallarbeiterverbandes nicht gemeinsame Sache machen. Darum werden die Leute gegeneinander gehetzt! Wie sieht denn der 300 A.-Erfolg der Meisterliche wirklich aus? Noch nicht der dritte Teil der Lebensmittelpreuerung der letzten zwei Jahre ist erreicht worden. Und auf der anderen Seite hat man noch Reduzierungen zustimmen müssen. Dabei fährt ein Führer des Industriearbeiterverbandes nach Thüringen und prahlt dort: die Meisterliche verdienen täglich 12 bis 14 A. bei einer täglichen Arbeitszeit von acht Stunden. Wo diese Meisterliche leben, wissen wir nicht. Es mag der eine oder der andere einmal an einer guten Sorte bei einer 12stündigen Arbeitszeit diese Summe verdienen. Aber wenn ein Gemeindeführer dies verallgemeinert, so ist das eine unverzeihliche dumme Frechheit, denn es trifft nicht zu, was er gesagt hat. Schämmer ist es aber, wenn solche Dummenheiten die Fabrikanten erfahren. Und diese Dummenheiten haben die Solinger Fabrikanten erfahren. Danach ist es aber auch erklärlich, daß für die Meisterliche nicht viel bei der letzten Bewegung herausgekommen ist. Wie ist es bei den Scherensarbeitern? Die Scherensarbeiter werden künstlich auseinander gehalten. Das Jurcht, die Scherensarbeiter des Deutschen Metallarbeiterverbandes könnten mehr verlangen als 3 bis 5 Prozent, machte man die Bewegung allein aus Jurcht, daß die Scherensarbeiter einmal einig werden könnten. Neben die Arbeiter die 3 bis 5 Prozent, weil sie dabei ein gutes Geschäft machen. Und der Industriearbeiterverband triumphiert mit einem gewaltigen Erfolg. (Schluß) wieder ein 300 A.-Erfolg.) So ist seit Jahren hier in Solingen von den Führern des Industriearbeiterverbandes gearbeitet worden und so soll weitergearbeitet werden. Die Federmeisterliche sind um ihre Lohnhöhe durch die Führer des Industriearbeiterverbandes geprellt worden, die Löhne und Federmeisterliche ausmacher ebenfalls. Die Federmeisterliche des Deutschen Metallarbeiterverbandes setzen mitten in einer Abwehrbewegung gegen die Fabrikanten — da kommen die Führer des Industriearbeiterverbandes und schließen mit den Fabrikanten ein Schutz- und Trutzbündnis gegen den verhassten Deutschen Metallarbeiter-Verband ab. Der Wortbruch bei der Firma J o n i e & K o e h l im Hinblick des Streiks, die Hinterziehung einer gerechten Verteilung der Verteilung für alle Organisationen bei den Verhandlungen — sollen das Erfolge für den Industriearbeiterverband sein? Wenn der Deutsche Metallarbeiter-Verband als die alleinige und maßgebende Organisation vor der Solinger Arbeiterchaft betrachtet würde, dann hätten die Arbeiter sich bessere Verhältnisse verschaffen. Heute stehen aber wegen der arbeitertellenlichen Zirkular der Führer des Industriearbeiterverbandes Hunderttausende vor dem Kopf in die Taschen der Unternehmer. Die Arbeiter haben das Nachsehen. Das sind die Ertragsergebnisse des Industriearbeiterverbandes. Um über diese Mächtigkeiten die Solinger Arbeiter hinwegzuführen, wird fortwährend gegen eine Arbeiterorganisation in verächtlicher Weise erredet und geschrieben. Wie in Frankreich für die Arbeiter der Metallindustrie das denkbar Beste geschieht hat. Kann es etwas besseres geben, als mit solchen Mitteln die Arbeiter auseinander zu halten? Arbeiter Solingens! Wenn ihr dieses ein Ende machen wollt, dann gibt es nur ein Mittel, um einen Weg diesem unaufrichtigen Komplotz ein halt entgegenzusetzen. Der Weg zum Frieden in der hiesigen Arbeiterchaft führt zum Deutschen Metallarbeiter-Verband. Je früher diese Erkenntnis in der hiesigen Arbeiterchaft allereinst zum Durchbruch kommt, desto eher ist es möglich, den Unternehmern die Arbeitszeit abzurufen, die der hiesigen Arbeiterchaft entspricht, desto früher werden die Löhne und Arbeitsbedingungen im Interesse der gesamten Solinger Arbeiter eine Verbesserung erfahren.

**Wagnis.** Wir waren nicht willens, was noch einmal mit dem Verhalten der Firma bei der Bewegung auf dem Eisenhammer zu befehlen. Aber die Schritte ihres Vorgesetzten annehmen, suchen sich die Schritte man mit Wagnis zu retten. Anstatt den guten Vorschlag zu lassen, es in Jurcht zu machen, zeigen sie in Nr. 44 des Reichsboten deutlich ihre Begriffslosigkeit. Wenn sogar die hiesigen Verhandlungen in unserer Entscheidung in Nr. 42 der Metallarbeiter-Zeitung haben sie für ihre Wege gewonnen. Nun, gegen den Streik ist der Streik nicht zu befehlen. Und wenn geboren, nicht hingehört, klebt dann! Wenn man der Oberbirch meint, er der Streik ist einmal auf dem Wege, wo er arbeitslos, für bessere Verhandlungen sorgen, so wissen wir nicht, was er damit meint. Wenn man die Schritte dort annehmen, es kann also das Wagnis doch immer zu. Unsere Kollegen leben auch nicht mit der Verteilung in so freundlicher Weise, wie die Schritte auf dem Eisenhammer. Sie setzen nicht mit dem Betriebsführer auf dem Wege und reden ihm auch nicht mit Wagnis an, sie laden auch nicht die Schritte zur Hochzeit ein und lassen ihnen auch nicht ihre

Frauen zum Arbeiten zur Verfügung, wie es die Schritte dort machen. Darum kann man denn auch ganz gut verstehen, daß den Schritteführern Bewegungen nicht angenehm sind. Darum schreiben sie auch, um ihre Mitglidder zu trösten, auf dem Eisenhammer würde mehr verdient als auf allen anderen Werken Wagnis. Ja, ihr Oberbirch, was nützt es den übrigen Arbeitern, wenn ihr genug verdient? Jetzt begreifen wir auch den Streik, den die Schritte vor zwei Jahren verübten, als anläßlich einer Bewegung unser Kollege Spiegel eine schwarze Liste vom Eisenhammer (also von diesen Schritte) gestiftet hatte. Als dann in einer öffentlichen Versammlung von den Betriebsführern der drei Organisationen die Geschichte geäußert werden sollte, da hatten diese Schritte ihr eigenes Knebel hinter dem Rücken anderen abgeschrieben, um es nur ja nicht mit dem Betriebsführer zu verberben. Daß sie auf ihrem Verbandsseite die zwei Direktoren unter sich hatten, will ihnen nun doch selbst nicht recht passen, denn als Gegenstück wollen sie uns an ein Fest einer Firma erinnern, wo von uns großartige Reden gehalten worden waren. Das ist gelogen. Sie schließen von sich auf andere. Dort hat kein Verhandler geredet. So etwas machen die nicht. Aber zwei Unorganisierte und ein Edelhirn haben geredet. Oder wollt ihr den S. Frey verleugnen? Dann die Verleugung des Generalsekretärs Wagnis beim Streik 1902: „Der Streik müßte abgebrochen werden.“ Das ist nicht Unwahrscheinlichkeit, wie die Schritte schreiben, die Verleugung ist unter Zeugen des Nachmittags auf dem Bahnhof geschehen. Also ihr Schritte, ihr könnt reden rechts, könnt reden links, wie wir schreiben, erscheint ihnen als Rätsel. Ja, ihr Schritte, diese von euch jagen schon, das Organisieren nützt uns nichts mehr. Denn auch die ganzen Bewegungen, die von euch geführt werden, bezwecken nichts. So auch jetzt wieder die der Hammerführer bei der Firma Peters & Co. Dort ist es nun schon dreimal probiert worden, ohne einmal Ernst zu machen. Ihr zeigt ja nur den Industriellen, daß ihr ihnen nichts anhaben könnt und die werden dementsprechend schlummer. Wenn man die Schritte bei solchen Gelegenheiten fragt: Warum bist du denn nun eigentlich organisiert?, so bekommt man zur Antwort: Um bei Arbeitslosigkeit Unterstützung zu bekommen. Also nur wegen der Unterstützung. Dann soll unser Kollege ihren jüngeren Mitglidern die Bücher abschwindeln. Das tut euch wohl leid, daß die zur Einsicht kommen und zu uns übertreten? Im fraglichen Falle hat der Kollege das Buch freiwillig abgegeben unter Zeugen. Seine Mutter hat es aber nicht, daß er bei uns blieb, und die hat dann auch die Beiträge der Schritte weiter bezahlt. Das sind eure freiwilligen und überzeugungstreuen Mitglidder, wie ihr schreibt! Aber alles in allem genommen hat unsere Kritik doch gewirkt, das kann man an dem Geschimpfe im Regulator sehen und in den Wirtschaften hören, wo besonders ein Sommergeschäft großartig ist. Wir nehmen das Organisieren nicht so leichtfertig wie die Schritte, denn gerade wir Arbeiter hier auf dem Wagnis können mehr damit bezwecken als die Kollegen in den Städten. Und wir müssen mehr damit bezwecken. Wir brauchen uns auch nur vor Wagnis zu halten, welche riesige Gewinne die hiesigen Industriellen einbringen. Und sollen unsere Löhne mit der Gewinnsteigerung der Industriellen gleichen Schritt halten, so bedarf es einer straffen Organisation, und das ist der Deutsche Metallarbeiter-Verband!

**Wagnis i. S.** In einer außerordentlichen Generalversammlung am 29. Oktober referierte Kollege W. G a a d über den Streik bei der Firma W. L. Schütz. Einleitend kennzeichnete er die jämmerliche Niederlage der gelben Schritte bei der am 29. Oktober stattgefundenen Gewerbetagung. Dann gab er eine klare Darstellung des Lohnkampfes, der sich aus der Ablehnung des geforderten Zuschlages von 25 Prozent für Ueberstunden bis zum heutigen Stadium entwickelte. Anstatt auf Verhandlungen mit den Arbeitern einzugehen, habe die Firma versucht, die Schritte auf die lange Bank zu schieben, um Zeit zur Fertigstellung der eilfertigen Arbeiten zu gewinnen. Obwohl die Arbeiterchaft fest entschlossen war, schon bei der ersten Ablehnung der Forderungen den Streik zu beschließen, habe die Verhandlung der Firma eine nochmalige kurze Frist gewährt. Trotzdem erfolgte die glatte Ablehnung der eingereichten Forderungen. Man erklärte einfach, auf diese überhaupt nicht einzugehen. Durch Anschlag gab die Firma bekannt, daß sie bis zum 31. Dezember 1912 eine fünfprozentige Leuerungszulage gewähren wolle. Um durchgreifende Änderungen durchzuführen, sei Zeit und Mühe erforderlich. Deshalb wollte Herr Schütz jede Woche abstellungsweise eine Sitzung stattfinden lassen. Rame da nichts heraus und würden die Verhandlungen abgebrochen, dann sollte auch der fünfprozentige Leuerungsanschlag wieder weggelassen. Die Kommissar erlaute, auf diesen Vorschlag einzugehen, wenn Herr Schütz in bezug auf die allgemeinen Forderungen nennenswerte Zugeständnisse machen wolle. Doch dies wurde von ihm entschieden zurückgewiesen. Infolgedessen blieb der Arbeiterchaft kein anderer Ausweg als der Streik, bei dem großer Majorität beschlossen wurde und dann einstimmig Arbeitsniederlegung erfolgte. Mit Ausnahme von vier nicht in Betracht kommenden Elementen sei der Zusammenhalt der Streikenden ein guter. Das Verhalten der Firma bei den Verhandlungen, die während des Kampfes stattgefunden haben, sei eine Verhöhnung der Arbeiter. Anstatt auf die Forderungen einzugehen, habe Herr Schütz den Austritt aus der Organisation gefordert, erst dann wolle er alles bewilligen. Die Arbeiterchaft empfand dies als eine Beleidigung und beschloß, der Firma keine Antwort zuteil werden zu lassen, weil in diesem Falle keine Antwort die beste sei. Durch die Forderung: „Austritt aus der Organisation und Eintritt in den gelben Verband“ ist dieser Kampf von Herrn Schütz zur Wagnisfrage gestempelt worden. Schütz habe dies auch klipp und klar erklärt, indem er der Kommission mitteilte, daß hinter ihm die gesamten Unternehmer Wagnis ständen. Der Referent gab sodann einen ausführlichen Bericht über die sogenannten Hingehere. Als ihm deren Unnützigkeit mitgeteilt worden sei, habe er sich befreut, weil er aus Erfahrung wisse, daß eine solche Sorte Menschen nicht zum Schaden, sondern zum Nutzen sei. Wenn Herr Schütz den Wert seiner alten eingerichteten Arbeiter noch nicht zu schätzen wüßte, dann würde es jetzt der Fall sein. Alles, was die Praxis mit diesen gewerkschaftigen Streikbrechern gezeigt habe, sei auch hier eingetroffen. Es treffe sich eigenartig, daß der Streikbrechervermittler K o t z, der den hiesigen Transport vermittelte, jetzt vom Landgericht Hamburg wegen Betrugs zu acht Monaten Gefängnis und einem Jahr Ehrverlust verurteilt worden sei, indem er die „Mollage“ der Unternehmer in beträchtlicher Höhe für sich ausnützte. Der Referent verlas den Geschäftsbericht, worin der eine Unternehmer diesen Streikbrecher als Renolterhelden, Meisterlicher und Zuhälter bezeichnet. Mit solchen von der Polizei gejagten Streikbrechervermittlern sei Herr Schütz in Verbindung getreten, in der Absicht, seine Arbeiter auf die Knie zu zwingen. Aber das Gegenteil sei eingetreten. Solange die Firma die Forderung auf Austritt aus dem Verband nicht fallen läßt, ist an eine Verständigung überhaupt nicht zu denken. Wie „strenge vertraulich“ die Unternehmer mit „schwarzen Listen“ umgehen, beweise, daß nicht mehr als fünf solcher Exemplare aus mehreren Städten an die hiesige Ortsverwaltung gelangt worden seien. Der Bezirksleitung sei eine Liste mit folgendem Randvermerk zugehändigt worden: „Schwere Strafe demjenigen, wer andere an freiwilliger Arbeit hindert.“ Wenn Herr Schütz noch länger an seinem bisherigen Standpunkt festhält, dann könne schon heute gesagt werden, daß der gute Ruf der Firma Schütz, die sie nur den gut eingearbeiteten Arbeitern zu verdanken habe, auf Jahre hinaus verloren gehe. Die Kollegen hätten nichts zu verlieren, sondern nur zu gewinnen. Um der Arbeiterchaft den Kampf zu erleichtern, mache die Ortsverwaltung der Generalversammlung den Vorschlag, die Streikunterstützung zu erhöhen. Alle weiteren Redner waren für den Antrag der Verwaltung, der einstimmig angenommen wurde. In der Diskussion wurde der freiziehenden Arbeiterchaft die volle Sympathie der Versammlung zufließen. Die hiesigen Industriellen haben beschloffen, bis ein halbes Jahr nach Beendigung des Streiks keinen daran beteiligten Arbeiter zu beschäftigen. Um diesen Herren die Quelle zum Bezug von Arbeitsstellen zu verschließen, ersuchen wir, jegliche Zureife nach Wagnis zu unterlassen.



und Peter Oetler vom christlichen Textilarbeiterverband wegen Beleidigung der selben zu verantworten hatten. Nach den festgestellten Verhältnissen in der Abtiner Gegen erziehenden Zeitungen und nach der Aussage eines gelben Zeugen sollte in einer im Frühjahr zu Koblentz abgehaltenen öffentlichen Versammlung von den beiden Angeklagten eine Resolution verfaßt und zur Abstimmung gebracht worden sein, worin die Gelben als Sumppflanzen bezeichnet worden wären. Daraus schloß sich die gelben Herren Kaplar Kirchberger, Franz Schererberg (der kurz zuvor verurteilt) und Johann Marti beledigt. Außer den Parteien waren drei Rechtsanwälte und zehn Zeugen zur Stelle. In der Verhandlung stellte sich jedoch heraus, daß der Verurteilung gar keine Resolution vorlag, also auch das Wort „Sumppflanze“ gar nicht darin vorgekommen sein konnte. Ein gelber Zeuge glaubte zwar, dieses Wort von Oetler gehört zu haben, mußte aber schließlich zugeben, daß die Neuerung auch von einer anderen Seite gefallen sein könne. In der Verhandlung kam durch die Aussage eines Gelben ferner noch ans Licht, daß die Klage von Augsburg (bisherlich vom sogenannten gelben Schriftstift) veranlaßt worden war. Dem Vertreter der Kläger, der sich seiner Klanten schuldig schämte, blieb nach der Beweisaufnahme nichts anderes übrig, als die glatte Zurücknahme der Klage zu empfehlen, welchen Vorschlag die Kläger denn auch mit kleinlautem Nicken annahm. Auch hier wurden den Gelben die Kosten des Verfahrens einschließlich der den Beklagten erwiderten Ausgaben auferlegt. — Ein drittes und dies auf einmal für diese „modernste Arbeiterbewegung“.

**Noch mehr Streikbrecherschutz nötig?**

Die Göttinger Strafkammer hat den Verbammungsgrundsatz gewissenloser Heher gegen schuldlose Juden, der so treffend in Lessings „Nathan der Weise“ mit den Worten gekennzeichnet wird: „Ist nichts, der Jude wird verbrannt!“ auf die Justiz gegen Streikende übertragen. Ist der Streikende auch gar nichts, steht er nur dabei, wenn ein anderer eine strafbare Handlung begeht, so muß er doch noch Anstand der Strafkammer verurteilt werden. Weshalb — ja nun, weil er ein streikender Arbeiter ist. In Niedersachsen (Kreis Müden) streikten die Wästelischen Arbeiter. Mit einem Kollegen ging der ausländische Arbeiter J. Lachsbart zum Bahnhofs Oberhaken, wo Streikbrecher nachhaken für W. ausluden. „Nehmt auch in acht“, sagte J. Lachsbart, „daß ihr nicht mal mit blutigen Schuhen nach Hause kommt, wenn ihr überhaupt nach Hause kommt.“ Jachsbart handelte dabei und sagte gar nichts. Aber alle bethe sind vom Hindener Schöffengericht zu je 30 M. Geldstrafe verurteilt worden. Jachsbarts Berufung half nichts. Wenn er auch die Arbeitswilligen nicht mit bedroht, hieß es, „so machte er sich durch sein Danebenstehen und Schweigen strafbar; er hätte gegen die Drohungen, welche sein Begleiter ausließ, protestieren müssen.“ — Und so etwas soll keine Klassenjustiz sein!

**Ein „sozialistischer“ Musterknabe.**

In einem Großbetrieb der Metallindustrie zu Stuttgart kreibt ein Mann seit Jahren Propaganda für den „modernen“ Sozialismus. Das Organ dieser Aussozialisten, das er in mehreren Exemplaren regelmäßig im Betriebe und bei jeder Gelegenheit auch außerhalb verbreitete, heißt „Der Pionier“. In der Arbeiterklasse ist dieses Organ als anarchistische Zeitung bekannt. Dank der Duldung und Toleranz unserer Kollegen konnte dieser Mann seine Schriften, die oftmals gegen Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften Angriffe enthielten, nach Belieben verkaufen. Und das alles konnte er, trotzdem er wiederholt erklärte, er sei nur Zwangsmittel im Verbands. Eines Tages jedoch setzte er seinem Beginnen durch Austritt aus dem Verbands die Krone auf. Das kam so: In dem Betrieb, von dem die Rede ist und wo er arbeitet, hat die Draconianer schätzenswerte Verhältnisse einführen können. Die dort beschäftigten Kollegen sind nun der ganz richtigen Auffassung, daß jeder, der in diesem Betrieb arbeitet und Nutzen der Erwerbsgesellschaft ist, auch moralisch verpflichtet ist, mit den übrigen Arbeitern zusammenzubringen, sich zu organisieren und seinen pflichtschuldigsten Teil zur Erhaltung und zum Ausbau dieser Verhältnisse beizutragen. In Verfolg dieser Auffassung beschloßen daher die Arbeiter, mit Unorganisierten Verkehr nicht zu pflegen und eventuell mit ihnen nicht zusammenzuarbeiten. Sie wollten dann lieber den Betrieb verlassen und den Unorganisierten das Feld abtreten als nun jener „moderne“ Sozialist von diesem Beschluß seiner Abteilungs-Kollegen Kenntnis erhielt, erklärte er seinen Austritt aus dem Verbands. Als Grund gab er an, einem Verbands nicht angehören zu können, dessen Mitglieder einen solchen Beschluß fähten. Der aber angenommen hätte, daß dieser Mann auch die weiteren Konsequenzen ziele, aus der Arbeitsgemeinschaft seiner Kollegen auszutreten, den Betrieb verlassen würde, der hätte sich gründlich geäußert. Ganz im Gegenteil verhielt er mit einer Dreifaltigkeit ohne gleichen, als sei es die selbstverständliche Sache von der Welt, auch als Unorganisierter seine „moderne-sozialistische“ Literatur an den Mann zu bringen, nicht ganz ohne Erfolg. Als er aber in der letzten Versammlung seiner Abteilungskollegen erschien und wiederum den „modernen sozialistischen“ Pionier verkaufte, wurde er durch Beschluß der Versammlung hinausgewiesen, nachdem eine kurze Auseinandersetzung mit ihm vorausgegangen war. Begegnungsbereite fanden sich hierbei eine Anzahl Kollegen, sogar solche, die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sind, die nicht mehr aus Toleranz, sondern aus tiefem Entschlossenheitsgefühl für jenen Unorganisierten eine Sprache zu brechen verstanden. Ein Beweis für die Wirksamkeit, die der Pionier auf einzelne ausübt hat. Das Gros der Arbeiter aber hätte in richtiger Würdigung der Sachlage diesen „modernen“ Sozialisten für immer laßt. Er darf die Versammlung der organisierten Arbeiter künftig nicht mehr besuchen. Die Toleranz ist gewiß eine schöne Sache; wenn aber jemand sich erlaubt, sie in so unversöhnlicher Weise zu mißbrauchen, wie in diesem Falle, so ist es am besten, den Betroffenen auf anständige Weise unschädlich zu machen.

**Vom Ausland.**

**Schweiz.**

Der Bauernrat für Neuchâtel ist ein Gesandtschaft zur Beratung beauftragt worden, der beauftragt, für die Arbeiter der Uhrenindustrie und Feinmechanik eine lausane oberschweizerische Arbeitslosenversicherung einzuführen. Also zur eine sehr bedeutsame Versicherung, bei der jährlich die Uhrenarbeiter allein circa 12 000 zählen und einen großen Teil der gesamten 41 000 Arbeiter, Angestellten und Beamten der Industrie und Feinmechanik z. im ganzen Kanton ausmachen. In der Uhrenindustrie handelt es sich ferner um eine Industrie, die sehr hoch den Schwankungen des Weltmarktes ausgesetzt ist. Verschieden werden sollen Arbeiter und Arbeiterinnen im Alter von 16 bis 65 Jahren, jedoch im Jahresverlaufe 4000 Franken nicht übersteigt. Eine feststehende Bezahlung ist der zweijährige Anwartschaft von Ausländern im Kanton Neuchâtel, die für die Arbeitslosenversicherung beitragen dürfen. Unzureichend erscheint auch der große Zinsfuß der Bezahlung der Sache, wobei 9 Mitglieder durch die Regierung und je 9 durch die Arbeiter- und Unternehmerorganisationen gewählt werden sollen. Zwangslos wird die Sache durch Beiträge der Arbeiter von 1 Fr. und der Arbeiterinnen von 70 Centimes monatlich und durch Beiträge der Unternehmer und des Staates in gleicher Höhe. Die Arbeiterbeiträge sollen die Unternehmer von Lohn abziehen und an die Kasse abliefern. Die tägliche Unterzahlung betrug 2 Fr. für ledige, 2.50 Fr. für verheiratete Arbeiter und 1.50 Fr. oder 2 Fr. für die Arbeiterinnen, außerdem 25 Centimes für jedes Kind unter 17 Jahren. Der Bauernrat kann diese Unterzahlungen weitergeben oder die Beiträge erhöhen. Mit der Festschreibung des 6. Lebensjahres können die Versicherten aus der Sache austreten und, wenn sie 120 Monatsbeiträge geleistet haben,

die Rückzahlung des über die erhaltene Unterstützung hinaus geleisteten Beitrages verlangen. In jedem der sechs Bezirke wird ein Bureau mit Arbeitsnachweis für die Arbeitslosenversicherung eingerichtet. Der ganze Entwurf erscheint als ein bloßes Experiment und es ist kein auch „Versuchsbauer“ von zehn Jahren in Aussicht genommen. Jedenfalls ist der vorliegende Gesetzentwurf noch sehr verbesserungsfähig, auch im Sinne der Ausdehnung der Arbeitslosenversicherung auf alle Lohnarbeiter.

**Verenigte Staaten von Amerika.**

Rosobelt ist Mitglied des Buchdruckerverbandes, während die Maurer vor Jahren Last zum Mitglieds ernannt, so daß beide auch als „Gewerkschafter“ auftreten können. Ein Teil der Maurer verlangte vor der in den letzten Tagen vorgenommenen Präsidentswahl nun den Ausschluß Lasts, weil er sich gegen die Arbeiterklasse unanständig betragen habe. — Neue Gewerkschafter und neue Gewerkschaften, die solche Leute gewissermaßen zu Ehrenmitgliedern machen!

**Literarisches.**

(Zur Befüllung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Von der Neuen Zeit ist soeben das 6. Heft des 21. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Krieg und die Internationale. Von R. Kautsky. — Die Balkanrisse und die innere Zerlegung der Türkei. Von Assen Janlof (Sofia). — Innere Kolonisation. Von Karl Marchionni. — Die Qualifikation der Fabrikarbeit. Von F. M. Ribaut (Amsterdam). — Literarische Rundschau: Dr. Fritz Rothe, Die Fleischversorgung der Großstädte. Von Ernst Meyer. Emil Müllig, Preisentwicklung in der Montanindustrie seit 1870. — Notizen: Eine Richtigmessung. Von A. Webel. — Zeitkritik: Von J. Köttgen. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolporteurs zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 P. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Stimmen der Freiheit. Blütenlese der besten Schöpfungen unserer Arbeiter- und Volksdichter. Herausgegeben von Konrad Weiskwanger. Druck und Verlag von R. Weiskwanger in Nürnberg. 10 Hefte à 10 S., Gesamtpreis 5 M. Lieferung 1 und 2. — Wir wollen nicht sagen, daß nachdem die Buchhandlung Vorwärts die prächtige Diederichsche Gedichtsammlung „Von unten auf“ herausgegeben hat, die Herausgabe weiterer Sammlungen überflüssig wäre. Im Gegenteil halten wir es durchaus nicht für einen Fehler, daß auch andere Anthologien erscheinen. Auch sind wir überzeugt, daß die vorausgegangenen Auflagen der vorliegenden „Stimmen der Freiheit“ manchem Arbeiter Stunden der Erbauung verschafft haben. Wünschenswert wäre es nun aber auch gewesen, daß der Herausgeber die Ausstattung modernen Anschauungen mehr angepaßt hätte. Schon das auf den beiden Heften befindliche Titelbild gibt zu Bedenken Veranlassung. Aus einer schlecht gezeichneten Mauerlinie tritt eine nicht gelangene weibliche Gestalt mit zerbrochenen Pfeilen an den Handgelenken hervor. Besser gelungen sind ja die Menschlein, die zu ihren Füßen umhertrabbeln, von denen das eine Art Mausefalle in der Hand zu halten scheint. Was diese Symbolik bedeuten soll, ist uns nicht klar geworden. Bisher gar keinen Buchschmuck als solchen. Die Abbildungen der Dichter lassen teilweise ebenfalls an Sauberkeit und Deutlichkeit zu wünschen übrig. Ebenso hätte es nur zur Empfehlung des Werkes beigetragen, wenn der allgediente, ehrenwerte „Kopf der Freiheit“ auf der ersten Seite einer moderneren Abbildung Platz gemacht hätte. Desgleichen wäre modernere Schrift (mindestens in den Überschriften) zu wünschen gewesen. Auch würden weniger altränkliche Kopf- und Fußleisten den Lesern das Buch sicherlich lieber machen. In das Lob, daß das Werk „unstreitig die schönste“ Sammlung von Freiheitsschreibern sei, wie es in dem auf den Innenseiten des Umschlages enthaltenen Prospekt heißt, können wir aus diesen Gründen leider nicht einstimmen. Die Hauptsache indessen — nämlich die ausgewählten Gedichte — ist gut.

Osterreichischer Arbeiter-Notizkalender für das Jahr 1913. XVIII. Jahrgang. Wien, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co., VI, Dampendorfer Straße 18. 144 Seiten nebst Notizkalender und Schreibpapier. Preis 80 Heller. — Enthält viel wissenschaftliches aus Osterreich und der osterreichischen Arbeiterbewegung.

Osterreichischer Arbeiter-Kalender für das Jahr 1913. Herausgegeben im Auftrage der Parteiverwaltung der osterreichischen Sozialdemokratie. Preis gebunden 80 Heller. Mit einer Kunsteilage. Wien, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co., VI, Dampendorfer Straße 18. 194 Seiten.

Das Eisenhüttenwesen. Von Geh. Bergrat Prof. Dr. S. Wehling. Mit 15 Tafeln. (Aus Natur und Geisteswelt. Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen aus allen Gebieten des Wissens. 20. Bändchen.) 4. Auflage. Verlag von B. G. Teubner in Leipzig, 1912. Scheitel 1 M., in Leinwand gebunden 1,25 M. — Der wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands, der in hohem Maße zur Gründung seiner Weltmachtstellung beigetragen hat, hängt eng zusammen mit der Entwicklung des deutschen Eisenhüttenwesens. So war es eine Aufgabe, die nicht allein die angang, die sich mit der Herstellung und Verarbeitung des Eisens zu beschäftigen haben, wenn das vorliegende Bändchen den der theoretischen und praktischen Grundlage des Eisenhüttenwesens ein allgemein verständliches Bild zu geben suchte. Wie großes und allgemeines Interesse es in der Zeit auch gefunden hat, beweist, daß es nun bereits, obwohl erst vor wenigen Jahren zum erstenmal herausgegeben, in vierter Auflage zu erscheinen vermag, in der die Fortschritte der neuesten Zeit, besonders der Metallographie betrachtet und auch alle übrigen Teile nach dem neuesten Stand der theoretischen Erkenntnisse und praktischen Erfahrungen verbessert sind. Es bietet also trotz seines geringen Umfanges einen streng wissenschaftlich begründeten vollständigen Lehrkurs über die heutige theoretische und praktische Hüttenkunde, alle chemischen Eigenschaften, die Darstellungsverfahren des schmiedbaren Eisens, die Verwertung der Nebenprodukte und wird sich in seiner Form zu den alten gewiß zahlreiche neue Freunde gewinnen.

Der Dehmel-See und eine Galenberg-See. Die bekannte Wochenchrift Die See, das Organ der neuen deutschen Lesegemeinde, bringt zwei Sondernummern heraus, die Herbert Galenberg und Richard Dehmel gewidmet sind. Man mag sagen, daß in diesen Nummern eine willkürliche Auslese von Proben aus dem Schaffen dieser Dichter geboten ist, wie man sie sich für die Erkenntnis der beiden Autoren nicht schon denken kann. Der Herausgeber, Georg Mühlhauer, spricht immer nur wenige Worte zur Einführung über den Charakter der Dichter; dann folgen Proben aus den verschiedensten Werken in Vers und Prosa. Bild, Amorspiegel und Faustale, von Dehmel zum Beispiel auch neue Gedichte, Angabe ihrer Werke u. s. m. — und das alles bei einem Preis von 15 P für das Heft. Wer eine solche Nummer im Hause hat, hat für alle Zeiten eine schöne Erinnerung an diese Dichter. So bietet die See dem Volke wirklich das Beste. Wir wundern uns deshalb nicht, daß sich in letzter Zeit wieder Tausende von Büchleibern der Lesegemeinde angeschlossen haben. Besonders erhalten die Mitglieder jährlich außer den 52 Nummern des Blattes noch kostenlos zwei schöne Bücher. Als zweites Jahrbuch für 1912 kündigt die See soeben eine Sammlung von Wilhelm Schadow aus: Das Glücklichsein. Gedächtnis von Rhein. Wer jetzt mit dem letzten Buchheft noch befreit, erhält anschlussweise von nun an bis Ende 1913 drei Bücher. Alles für einen Jahresbeitrag von 6 M. Anmeldungen an die Geschäftstelle der See, Stuttgart, Ludwigsstraße 26.

**Verbands-Anzeigen**

- Allglieder-Versammlungen.**  
(In allen Versammlungen werden Mitglieder augen.)
- Samstag, 16. November: **Stegheim u. Led.** 9. Nov., halb 9 Uhr.
  - Sonntag, 17. November: **Rangenwiesen.** Festenteller, halb 8. **Waltz-Sprottan.** Germania, 8.
  - Montag, 18. November: **Neumarkt (Obpf.).** Grüner Baum, 8.
  - Dienstag, 19. November: **St. a. d. M.** Marabese, Poststr. 1/9. **Manheim.** Gewerkschaftshaus, 1/9.
  - Mittwoch, 20. November: **Wilmars.** Arbeiterheim, 8 Uhr.
  - Donnerstag, 21. November: **Sandweg-Allona-Garburg-Jellen.** Arbeiter. Waule, Gese Kohlhöfen u. Klaußdorferstr., 8 Uhr. **Rombach.** Monopol, Vorstadtstr., 8.
  - Samstag, 23. November: **Uphoda.** Vorwärts, halb 9 Uhr. **Usherrieden.** Wilsa, halb 9 Uhr. **Augsburg.** Gesellschaftsbrauerei, 8. **Waden-Waden.** Bratwurstglockchen, halb 9 Uhr. **Bonn a. Rh.** Volkshaus, 9 Uhr. **Dortmund (Sommer u. Gieselerarb.)** Gewerkschaftshaus, halb 9 Uhr. **Dortm.-Schwerte.** Stamm, 1/9 Uhr. **Sagen-Allenlagen.** Zum Konsumverein, halb 9 Uhr. **Sag.-Völs-Rabel.** Raabe, halb 9. **Sagen-Gefech.** Simon, halb 9 Uhr. **Sagenlungen.** Zum Stahlwerk, 8. **Salmstadt.** Deutscher Kaiser, 8. **Sammel-Gr. Reffel** zur Mühlh., 1/9. **Saridruhe (Schmiede)** Weinberg, 1/9. **Ubed.** Gewerkschaftshaus, halb 9. **Uhringen.** Waparia, Schulstr., 1/9. **Wittenberg.** Freudenberg, halb 9.
  - Sonntag, 24. November: **Greifeld.** Neuen, halb 11 Uhr. **Dortmund-Görde.** Brüder, 4 Uhr. **Hannover (Deigsm.)** Gewerksch., 10. **Magdeburg.** (Heizungsmont. und Heiler), Buchlow, 10 Uhr. **W.-Gladbach-Gredendrois.** Jean Krüppel, 10 Uhr. **Wittenberg.** (Elektromonteur.) Verbandsaus, Rathhäuserg., 10 Uhr.
  - Montag, 25. November: **Dreslau (Plempner).** Gewerkschaftshaus, 8/4 Uhr.
  - Dienstag, 26. November: **Saurover (Waufl.)** Gewerksch., 1/9.
  - Donnerstag, 28. November: **Nowawes-Poisdam.** Glaser, halb 9. Vortrag des Kollegen Parolowitsch.

- Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.**
- Barmen-Gibersfeld.** (Vertrauensleute der Klempner.) Mittwoch, 27. November, abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Barmen.
  - Breslau.** (Feilenhauer.) Arbeitsnachweis und Auszahlung des Feilenhauererbesentes 24. Holzgasse 3, 2, von 9 bis 10 Uhr und 12 bis 1 Uhr.
  - Greifeld** (Vertrauensleute.) Mittwoch, 27. Nov., abends halb 9 Uhr, im Neuen.

- Vertrauensmänner der (Elektromonteur.)** Sonnabend, 30. November, abends 9 Uhr, im Volkshaus.
- Dresden.** (Vertrauensmänner der Heizungsmont.) Sonntag, 1. Dez., vorm. halb 10 Uhr, im Volkshaus.
- Eintr.** Der Bevollmächtigte und Kassierer Ernst P. einen wohnt jetzt Hohemannstr. 8.
- Schlag.** Plempner u. Installateur.) Umshauen streng verboten.
- Sandweg.** Uirna, Garburg. (Feilenarbeiter.) Umshauen verboten. Der Arbeitsnachweis befindet sich im Gewerkschaftshaus, Wesenbüchelhof 57. Dasselbst wird auch das Feilenhauererbesent ausbezahlt.
- Sarburg a. G.** Vom 1. Dezember an befindet sich unser Bureau **Gr. Schlippe 18, I. 1.**
- Gerbrud.** Feisegel wird nur von 7 bis 8 Uhr abends in der Herberge zum Hirschen (nicht mehr im Goldenen Stern) ausbezahlt.
- Neufah. a. Oder.** Valsgefesent wird nicht verabreicht.
- P. o. heim.** (Feilenhauer.) Umshauen verboten. Arbeitsnachweis im Städtischen Arbeitsamt, Westliche Karl Friedrichstraße 86.
- Neufah und Umg.** Sonntag, 8. Dezember, vorm. 9/10 Uhr, im Volkshaus zu Neufah Generalverwaltung. Neuwahl der Ortsverwaltung und der Parteidelegierten. Vortrag des Genossen R. u. b. U. h. l. c. Einmalige Paragrafen präsen bis zum 1. Dezember in Händen der Ortsverwaltung sein.
- Stuttgart** (Feilenarbeiter.) Umshauen verboten. Der Arbeitsnachweis befindet sich im Städtischen Arbeitsamt, Schmalstr. 11.
- Suhl, Jella, St. Witten u. Neufah.** (Feilenhauer.) Umshauen verboten. Der Arbeitsnachweis befindet sich in Suhl, zur Womburgsamt, Gothaerstr. 47. Dasselbst wird das Feilenhauererbesent ausbezahlt.

- Verstorben**
- Darmstadt.** Heinrich Schiller, Dreher, 84 Jahre, Ungenleiden.
  - Karl Diehl, Feilenhauer, 42 Jahre, Herzleiden.
  - Ludwig Weigel, Hilfsarbeiter, 56 Jahre, Tuberkulose.
  - Ernst Langendor, Dreher, 53 J., Vertriebsunfall.
  - Dortmund.** Georg Wirts, Schlosser, 40 Jahre, Vertriebsunfall.
  - Elfen.** Gottl. Weiland, Hammermeister, 34 J., Lungenerkrankung.
  - Göppingen.** Karl Haupt, Hilfsarbeiter, 61 Jahre, Schlaganfall.
  - Magdeburg.** Franz Wehner, Arbeiter, 46 Jahre, freim. Tod (35).
  - Gustav Weitz, Revolverdreher, 53 Jahre, Wutergiftung (37).
  - Richard Schweinzig, Bohrer, 52 Jahre, Nervenschlag (35).
  - Darmm. Verulose (35).
  - Witten.** Joseph Heberer, Schleifer, 30 Jahre, Tuberkulose.
  - Nowawes-Poisdam.** Frau Buche, Herzlähmung (3).
  - Wiesbaden.** Oswald Schierfäbder, Schlosser, 70 J., Lungenerkrankung.
  - Christian Dehlow, Hilfsarbeiter, 51 Jahre, Lungenerkrankung.

**Privat-Anzeigen.**

**Kassenschlosser,** Zürich gesucht. Schriftliche Anfragen mit Zeugnisabschriften erwünscht. (2048) nur ganz tüchtige und selbständig Arbeitende bei hohem Lohn nach **E. Siegfried, Kassetfabrik, Zürich IV.**

**Mehrere** tüchtige **Stesselmiede u. Schwarzblech-Arbeiter** von süddeutscher Stesselmiede bei hohem Lohn für dauernde Arbeit per sofort gesucht. Angebote unter **R. S. 2046** an den Verlag d. Bl. erbeten.

Wegen ständiger Vergrößerung unseres Betriebes suchen wir baldigst in dauernder Stellung tüchtige **Stesselmiede** (2044) **Werkzeugmaschinenschlosser, Büchsenmacher, Armaturenschlosser, Mechaniker, Fräser, Dreher, Hobler.** Bewerbungen mit Zeugnisabsch. u. Lebenslauf erbetet **Carl Zeit, Rena.**

Frühere **Werkmeister** und **Arbeiter** der **Armaturenfabrik M. J. Beit in Berlin** (2047) werden in sehr wichtiger Angelegenheit um Einbindung ihrer Adresse unter Chiffre **R. S. 2047** an den Verlag d. Bl. ersucht.

**Soeben ist erschienen** und kann durch alle Verwaltungsstellen, Bevollmächtigten und Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes bezogen werden: **Metallarbeiter-Notizkalender 1913**

Der Metallarbeiter-Notizkalender ist infolge seines reichhaltigen Inhalts, die gute Auswahl und übersichtliche Anordnung des Stoffes ein unentbehrliches Notiz- und Nachschlagewerk für alle Verbandsmitglieder, und sollte bei dem billigen Preis des Kalenders dessen Anschaffung von keinem Verbandskollegen versäumt werden.

Preis für Verbandsmitglieder bei Bezug durch die Verwaltungsstellen 60 Pf.

Durch den Buchhandel bezogen 95 Pf. pro Stück, inklusive Porto.

Uersand bis zu 10 Exempl. nur gegen Voreinsendung des Betrags.

**Alexander Schlicke & Cie.,** Buchdruckerei und Verlag Stuttgart, Rötstraße 16 b.

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Cie., Buchdruckerei und Verlag Stuttgart, Rötstraße 16 b.